

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Christian Wagner (ext.)

Globalisierung und außenpolitischer Wandel in der Indischen Union

S 36
Oktober 2001
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2001

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für
Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

Globalisierung und Außenpolitik in Indien nach dem Ende des Kalten Krieges 7

Die politische Dimension der Globalisierung 9

Nationale Ebene 9

Außenpolitisches Selbstverständnis,

Entscheidungsprozeß, Akteure 9

Der Wandel des Parteiensystems 12

Regionale Ebene: Von ›Südasiens‹ zum

›südlichen Asien‹ 13

Internationale Ebene: Außenpolitisches

Realignment zwischen Interdependenz und

Großmachtanspruch 15

USA – China – Sowjetunion 15

Deutschland – Europäische Union 17

Zusammenfassung 18

Die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung 20

Die nationale Ebene: Von der *mixed economy*
zur Liberalisierung 20

Die regionale Ebene: SAARC, SAPTA, SAFTA 23

Die internationale Ebene: Von *self-reliance*

zur Weltmarktintegration 24

Zusammenfassung 25

Die gesellschaftliche Dimension der Globalisierung 26

Nationale Ebene: Soziale Bewegungen
und Nichtregierungsorganisationen 26

Die regionale Ebene: Arbeitsmigration
und Terrorismus 27

Die internationale Ebene:

Die Non-Resident Indians 28

Zusammenfassung 29

Ausblick: Globalisierung und Außenpolitik in Indien 30

Abkürzungsverzeichnis 31

*Dr. Christian Wagner ist Mitarbeiter des
Zentrums für Entwicklungsforschung,
Universität Bonn*

Globalisierung und außenpolitischer Wandel in der Indischen Union

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Frage, welche Folgen die Liberalisierung nach 1991 und die damit verbundenen Globalisierungsprozesse für die indische Außenpolitik haben. Hierzu wurden die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erörtert. Selbst wenn viele der Entwicklungen bereits in den 80er Jahren zu beobachten waren, kann 1991 dennoch als Zäsur in der indischen Politik gelten. Die Liberalisierung markiert einen Politikwechsel, der aufgrund der breiten Zustimmung unter den größten Parteien unumkehrbar sein dürfte. Zehn Jahre nach Beginn der Liberalisierung lassen die wachsenden internationalen Verflechtungen, hier als Globalisierung umschrieben, folgende Thesen in bezug auf die Außenpolitik Indiens zu:

1. Die indische Außenpolitik weist einen breiten, parteiübergreifenden Konsens in Grundsatzfragen auf. Einigkeit herrscht über den Anspruch, als Großmacht im internationalen System anerkannt zu werden, unter anderem durch eine international akzeptierte Gleichrangigkeit mit der VR China und einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN). Trotz des Konsenses ist seit 1991 zu beobachten, daß die praktische Umsetzung der Außenpolitik stärker von den jeweiligen Regierungskonstellationen und den unterschiedlichen parteipolitischen Interessen und Prioritäten abhängig geworden ist. Dies kommt unter anderem in den verschiedenen sicherheitspolitischen Konzeptionen sowie in den Nuklear-tests vom Mai 1998 zum Ausdruck.

2. Die indische Tradition der Eigenständigkeit (*self-reliance*) wird in Fragen der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zunehmend an ihre Grenze gelangen. Das indische Großmachtverständnis betont im sicherheitspolitischen Bereich weiterhin Normen wie Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, die ihren Ausdruck etwa im Nuklear- und Weltraumprogramm finden. Dagegen bricht die Politik der Liberalisierung und Weltintegration faktisch mit der Tradition der *self-reliance*. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und Abhängigkeiten ist zu erwarten, daß die wachsende internationale Verflechtung die Handlungsspielräume indischer Außenpolitik im Vergleich zu früheren Jahren einschränken wird. Die damit verbundene

Gratwanderung zwischen wirtschaftspolitischem Multilateralismus und sicherheitspolitischem Bi- bzw. Unilateralismus dürfte sich künftig in außenpolitischen Strategien niederschlagen, deren Akzente je nach Neigung der Regierungsparteien auf dem einen oder anderen Pol liegen werden.

3. Der multipolare Charakter des internationalen Systems kommt den indischen Großmachtambitionen im sicherheitspolitischen Bereich eher entgegen als die ideologischen Frontstellungen des bipolaren Systems in der Zeit des Kalten Krieges. Vom angestrebten wirtschaftlichen Großmachtstatus ist Indien aber noch weit entfernt, wie der geringe Anteil des Landes am Welthandel oder die geringe Höhe ausländischer Direktinvestitionen belegen.

Empfehlungen

- Die internationale Einbindung Indiens in sicherheitspolitische Institutionen sollte weiter gefördert werden. Deutschland und Europa sollten auf die Einbeziehung Indiens in den ASEM-Prozeß drängen und den Dialog mit diesem wichtigen Entwicklungsland im Rahmen der G-8-Gipfeltreffen weiter ausbauen.
 - Sicherheitspolitische Ansatzpunkte zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Deutschland/Europa und der Indischen Union ergeben sich beispielsweise in Zentralasien. Indien ist hier fast Nachbar der OSZE, und beide Seiten haben ein gemeinsames Interesse an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Im Nahen Osten und in der Golfregion bieten sich ebenfalls Kooperationsmöglichkeiten, da Indien über traditionell sehr gute Beziehungen zur arabischen Welt und seit neuestem auch zu Israel verfügt.
 - Das indische Großmachtverständnis ist in Sicherheitsfragen in erster Linie bilateral geprägt und betont klassische Machtattribute wie Nuklearwaffen. Dies widerspricht deutschen und europäischen Vorstellungen von multilateralen Sicherheitsstrukturen und Konzepten wie Zivilmacht und Handelsstaat. Zugleich setzt der indische Bilateralismus Partner voraus, deren sicherheitspolitische Interessen klar definiert sind. Dies kann in Einzelfragen Probleme aufwerfen, da die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU eben noch nicht voll entwickelt ist.
 - Aufgrund seiner Tradition der *self-reliance* hat Indien große Schwierigkeiten mit äußeren Einwirkungen. Diese werden aber mit der Globalisierung zunehmen und das Konfliktpotential im Land verstärken.
- Programme zur sozialen Abfederung der Folgen der Globalisierung oder zur Reform des Föderalismus können gerade von deutscher und europäischer Seite eingebracht werden.
- Die außenpolitische Elite Indiens ist in erster Linie auf die USA ausgerichtet. Damit wird es langfristig für Deutschland und Europa immer schwieriger, eine entsprechende Lobby unter politischen Entscheidungsträgern in Indien zu finden. Bestehende Dialogforen müssen deshalb erweitert und vertieft werden.
 - Noch bestehende Sanktionen, die nach den Atomtests 1998 im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit verhängt wurden, sollten aufgehoben werden. Abgesehen vom hohen Symbolwert, den diese Maßnahme in Indien hätte, könnte die Bundesregierung damit zugleich auch ihre Absicht signalisieren, die guten bilateralen Beziehungen mit Indien weiter auszubauen.

Globalisierung und Außenpolitik in Indien nach dem Ende des Kalten Krieges

Anfang der 90er Jahre galt Indien noch als einer der Verlierer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.¹ Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte die Indische Union einen ihrer wichtigsten Handelspartner und internationalen Verbündeten verloren. Die Zahlungsbilanzkrise im Frühsommer 1991 hatte das Scheitern der bisherigen Wirtschaftspolitik offenbart. Und die Minderheitsregierungen zwischen 1989 und 1991 sowie die Ermordung Rajiv Gandhis im Mai 1991 schienen die einst vielbeschworene politische Stabilität der indischen Demokratie ins Wanken zu bringen. Das Asienkonzept der Bundesregierung von 1993 konzentrierte sich denn auch auf die wirtschaftlich dynamischen Regionen Ost- und Südostasiens, Indien und die Staaten Südasiens fanden kaum Erwähnung.²

Mit den Atomtests vom Mai 1998 brachte die Indische Union dann aber ihre Ambitionen auf eine internationale Großmachttrolle im 21. Jahrhundert unmißverständlich zur Geltung. Trotz internationaler Kritik und trotz Sanktionen der Industriestaaten scheinen die Nuklearversuche die internationale Bedeutung Indiens mittelfristig eher gestärkt als geschwächt zu haben. Bereits im November 1998 mußten die USA aufgrund der bedrohlichen Situation in Pakistan Teile der Sanktionen wieder aussetzen. Zudem konnte Indien in bilateralen Gesprächsrunden nicht dazu bewegt werden, dem Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) oder dem allgemeinen Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) beizutreten. Trotz dieser Differenzen leitete die US-Regierung mit dem Besuch von Präsident Clinton im März 2000 eine neue Phase der indisch-amerikanischen Zusammenarbeit ein. Die neue internationale Bedeutung Indiens ist auch daran abzulesen, daß das Ziel der ersten Asienreise von Außenminister Fischer im Mai 2000 Indien und nicht China oder Japan war.

Mit den 1991 begonnenen Wirtschaftsreformen hat Indien eine grundlegende Abkehr von der Binnenmarktorientierung hin zur Integration in den Weltmarkt vollzogen und damit zugleich die Tür zu Globa-

lisierungsprozessen aufgestoßen, mit denen staatliche Außenpolitik in vielen Ländern in immer stärkerem Maße konfrontiert ist. Wenngleich Uneinigkeit über den Begriff ›Globalisierung‹ besteht, ergibt sich eine definitorische Annäherung durch die neuen Herausforderungen in verschiedenen staatlichen Politikfeldern.³ Am eindeutigsten scheint der Begriff ›Globalisierung‹ im Bereich der Wirtschaft definiert zu sein, wo er die immer stärkere Liberalisierung der Waren- und Kapitalströme bezeichnet, die durch Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie möglich geworden sind. Dies ist aber kein ›naturwüchsiger‹ Prozeß, sondern Folge politischer Entscheidungen in den Industriestaaten, die sich in den vergangenen Jahren für eine globale Liberalisierung der Finanz-, Handels- und Warenströme eingesetzt haben.

Im politischen Bereich steht ›Globalisierung‹ für eine Reihe grenzüberschreitender Probleme und Risiken – von der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen über die Umweltbelastung und Arbeitsmigration bis hin zum internationalen Terrorismus –, die von den Nationalstaaten allein nicht mehr zu bewältigen sind. Eine Folge hiervon ist die Zunahme internationaler Regime, mit denen Staaten versuchen, Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden.

Der Begriff ›Globalisierung‹ umfaßt zudem eine gesellschaftliche Ebene. Außenpolitische Entscheidungsprozesse werden nicht mehr nur von staatlichen, sondern zunehmend auch von gesellschaftlichen Akteuren bestimmt. Beispiele hierfür sind multinationale Unternehmen, die von der Liberalisierung der Waren- und Finanzströme profitieren, soziale Bewegungen, die durch ihre transnationale Vernetzung erfolgreich gegen Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten agieren, oder militante Gruppen, welche die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für ihre Zwecke nutzen.⁴

³ Zur theoretischen Debatte vgl. u.a. David Held/Anthony McGrew/David Goldblatt/Jonathan Perraton, *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*, Stanford 1999.

⁴ Zürn spricht deshalb von Prozessen der Denationalisierung, da die hier genannten Entwicklungen nicht unbedingt global, aber auf jeden Fall de-national verlaufen; vgl. Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt a.M. 1998.

¹ Vgl. R. H. Munro, *The Loser. India in the Nineties*, in: *The National Interest*, (Sommer 1993), S. 62–69.

² Vgl. ohne Verfasser, *Asien-Konzept der Bundesregierung*, in: *Asien*, (Januar 1994) 50, S. 142–157.

Den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Globalisierungsprozessen ist gemein, daß sie einerseits die Interdependenzen zwischen den Staaten verstärken, damit andererseits aber auch die Handlungsspielräume staatlicher Außenpolitik einschränken. Unter den Bedingungen der innenpolitischen Liberalisierung und einer immer stärkeren Verflechtung mit dem internationalen System (hier mit dem Begriff Globalisierung umschrieben) muß die Analyse staatlicher Außenpolitik deshalb mehr als je zuvor die Wechselwirkungen zwischen nationaler, regionaler und internationaler Ebene berücksichtigen. Diese drei Ebenen ergeben zusammen mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimensionen der Globalisierung eine Matrix, die im folgenden als Gliederungsschema für die Kontinuitäten, Veränderungen und neuen Herausforderungen der indischen Außenpolitik seit 1991 dienen soll. Es bleibt indes ein methodisch schwieriges Unterfangen, die Folgen von Liberalisierung und Globalisierung wissenschaftlich exakt mit der Außenpolitik zu korrelieren. Viele der hier genannten Entwicklungen waren bereits in Ansätzen in den 80er Jahren zu beobachten. Mit guten Gründen läßt sich jedoch argumentieren, daß sie ohne die Veränderungen von 1991 ihre aktuelle Bedeutung kaum erlangt hätten.

Die politische Dimension der Globalisierung

Nationale Ebene

Im politischen Bereich hat sich die Liberalisierung in einem veränderten außenpolitischen Selbstverständnis sowie in der Einbeziehung neuer Akteure in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß niedergeschlagen. Aber auch die Veränderungen in der indischen Parteienlandschaft können auf die Folgen wirtschaftlicher Reformprozesse zurückgeführt werden.

Außenpolitisches Selbstverständnis, Entscheidungsprozeß, Akteure

Das Selbstverständnis der indischen Außenpolitik und die ihr zugrundeliegenden Normen wurden maßgeblich von Jawaharlal Nehru bestimmt, dem ersten indischen Premierminister nach der Unabhängigkeit 1947. Ausgehend von der Erfahrung der antikolonialen Befreiungsbewegung strebte er eine Außen- und Wirtschaftspolitik an, die auf Eigenständigkeit (*self-reliance*) und Unabhängigkeit beruhte. Davon abgeleitet wurden Begriffe wie Anti-Rassismus, Dekolonisierung, Abrüstung und Blockfreiheit zu den zentralen Vorgaben für die indische Außenpolitik. Nehru setzte sich für eine stärkere Kooperation zwischen Entwicklungsländern ein und bemühte sich um eine enge Zusammenarbeit mit der Volksrepublik (VR) China.

Durch seine Reden und Schriften prägte Nehru ein kulturelles Großmachtverständnis der Indischen Union. Neben der Größe des Landes und seiner Einwohnerzahl waren es vor allem die historisch-kulturellen Errungenschaften der indischen Zivilisation, als deren Erbin Nehru die Indische Union ansah. Sie schienen dem Land einen »natürlichen« Großmachtstatus im internationalen System nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu verleihen. Neben den Supermächten USA und UdSSR waren für Nehru nur noch Indien und China international von Bedeutung.⁵

Zwei Ereignisse erschütterten Nehrus außenpolitische Konzeptionen. Der Konflikt mit Pakistan um die Zugehörigkeit des vormals unabhängigen Fürsten-

staates Kaschmir führte – unmittelbar nach der Unabhängigkeit und Teilung Britisch-Indiens in die neuen Staaten Indien und Pakistan 1947/48 – zum ersten von drei Kriegen zwischen beiden Staaten. Nehru brachte den Konflikt vor die Vereinten Nationen (VN), um dort eine internationale Beilegung des Konflikts unter anderem mit einem von ihm vorgeschlagenen Referendum zu erzielen. Die verschiedenen Resolutionen der VN verurteilten aber nicht, wie von Indien gewünscht, die pakistanische »Aggression«, sondern stellten den am 26. Oktober 1947 vollzogenen Beitritt Kaschmirs zur Indischen Union in Frage. Der Konflikt wurde nicht im Sinne Indiens beigelegt, der Status Kaschmirs war wieder offen, was den indischen Vorstellungen von der Zuständigkeit der VN zuwiderlief.⁶

Während der Kaschmirkonflikt Nehrus Vertrauen in die Konfliktbeilegungskapazität multilateraler Institutionen erschütterte, zerplatzten mit der militärischen Niederlage Indiens im Grenzkrieg mit China 1962 seine Hoffnungen auf eine stärkere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Seit den 50er Jahren hatte sich Nehru darum bemüht, China in die internationale Staatengemeinschaft zu integrieren, indem er sich unter anderem für seine Aufnahme in die VN einsetzte. Im Vertrag über Tibet vom 29. April 1954 verständigten sich beide Staaten auf die »Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz« (*Panch Sheel*) als Grundlage ihrer Beziehungen. Die Besuche Nehrus in China und Zhou Enlais in Indien Mitte der 50er Jahre schienen Konflikte etwa um die ungeklärte Grenzziehung und die damit verbundenen territorialen Ansprüche zu überdecken. Doch mit der Niederschlagung des tibetischen Aufstands 1959 durch China und der Flucht des Dalai Lama nach Indien rückten die indisch-chinesischen Spannungen stärker in den Vordergrund. Trotz zahlreicher bewaffneter Grenzzwischenfälle wurde die indische Armee von dem chinesischen Angriff im Oktober 1962 überrascht.

⁶ Zu Nehrus Kaschmirpolitik und zu Indiens Vorgehen in den VN vgl. u.a. Subrata K. Mitra, *Nehru's Policy towards Kashmir: Bringing Politics back again*, in: Justus Richter/Christian Wagner (Hg.), *Regional Security and Problems of Governance in South Asia*, Neu-Delhi 1998, S. 30–72; K. P. Wagner, *India and the United Nations*, in: Nancy Jetly (Hg.), *India's Foreign Policy. Challenges and Prospects*, Neu-Delhi 1999, S. 288–305.

⁵ Vgl. u.a. seine verschiedenen Ausführungen in: Jawaharlal Nehru, *The Discovery of India*, Calcutta 1946, S. 535ff.

Angesichts der drohenden Niederlage wandte sich Nehru an die Westmächte und erhielt militärische Unterstützung auch von den USA. Im November 1962 endete die chinesische Strafexpedition genauso überraschend, wie sie begonnen hatte: die chinesischen Truppen zogen sich zurück. Mit dem Trauma der Niederlage schlug der indische Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit China in Rivalität um, die seitdem prägend für das Selbstverständnis der indischen Außenpolitik ist.

Mit der Liberalisierung 1991 gab die Indische Union die Politik der Eigenständigkeit im wirtschaftlichen Bereich auf. Hatte die ›kulturelle‹ Großmacht Indien mit dem ersten Atomtest 1974 ihre militärischen Großmachtkapazitäten demonstriert, strebt sie seit 1991 auch danach, als wirtschaftliche Großmacht anerkannt zu werden. Nicht mehr Importsubstitution, sondern Integration in den Weltmarkt und die Förderung ausländischer Direktinvestitionen sind seitdem zu zentralen außenpolitischen Anliegen geworden. Die Reden führender Politiker bekunden diesen Prioritätenwandel ebenso wie immer neue Initiativen zur Exportförderung oder die Neuausrichtung der diplomatischen Ausbildung, in der Wirtschaftsfragen seit Anfang der 90er Jahre größeren Raum einnehmen.

Repräsentiert die neue Bedeutung der Wirtschaft den grundlegenden Wandel im außenpolitischen Selbstverständnis Indiens, dann steht die Sicherheitspolitik für die Kontinuität der indischen Vorstellung von Eigenständigkeit und für die damit verbundenen Großmachtambitionen. Nehrus Prägung des außenpolitischen Denkens sowie die innenpolitische Dominanz der Kongreßpartei, von der sich viele Politiker im Laufe der Jahre mit neuen Parteien abspalteten, dürften erklären, warum sich, trotz aller parteipolitischen Unterschiede, ein Konsens über den Großmachtanspruch und außenpolitische Grundsatzfragen entwickelt hat. Die außenpolitischen Eliten haben Nehrus Vorstellung einer ›kulturellen‹ Großmacht mittlerweile durch die klassischen Symbole einer Großmacht weitgehend ersetzt. Hierzu zählen unter anderem die Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN, die Anerkennung der Gleichrangigkeit mit China sowie die Vorstellungen von wirtschaftlicher und militärischer Stärke, wie sie unter anderem im Nuklear- und Weltraumprogramm zum Ausdruck kommen. Aus diesem Grund weigern sich indische Regierungen auch, dem NVV beizutreten, obwohl Nehru in den 50er Jahren zu den vehementesten Verfechtern nuklearer Abrüstung zählte. Die im NVV vorgenommene Zweiteilung der Welt in

Nuklear- und Nicht-Nuklearstaaten stellt eine in indischer Sicht bis heute nicht zu rechtfertigende Diskriminierung der internationalen Staatengemeinschaft im allgemeinen und Indiens im besonderen dar. Es ist für das indische Großmachtverständnis nicht hinnehmbar, daß die VR China als offizieller Nuklearstaat anerkannt ist, während Indien dem NVV gegenwärtig nur als Nicht-Nuklearstaat beitreten könnte. Daraus erklärt sich, daß viele Politiker und Wissenschaftler ihr Land seit den Nukleartests vom Mai 1998 als ›Atommacht‹ bezeichnen, ungeachtet der vertraglichen Festlegungen des NVV.

Das indische Großmachtverständnis steht somit einerseits in der Kontinuität von Nehrus Vorstellungen, wie der Verweis auf die kulturelle Größe Indiens in den Reden und Schriften vieler Politikern nahelegt, und spiegelt andererseits die historischen Erfahrungen und den Lernprozeß der außenpolitischen Entscheidungsträger wider. Im Hintergrund scheint dabei immer das Vorbild China zu stehen. Dessen Aufstieg zur international anerkannten Großmacht erfolgte durch seine Mitgliedschaft im NVV seit 1968, die Aufnahme als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat 1971 sowie die allmähliche Öffnung der Wirtschaft nach 1978. Es spricht vieles dafür, daß die indische Außenpolitik diesem Vorbild nacheifert.

Die Wahrnehmung des internationalen Systems scheint sich in der vergleichsweise kleinen *strategic community* aber weiterhin eher an der Tradition der *self-reliance* und den Denkmustern des Kalten Krieges als an den Herausforderungen der Globalisierung zu orientieren.⁷ Begriffe wie ›Anarchie‹ als Strukturmerkmal des internationalen Systems oder Symbole wie Nuklearwaffen als klassische Machtattribute dieser Epoche⁸ stehen auf den ersten Blick im Gegensatz zu immer wieder genannten Strukturmerkmalen des Zeitalters der Globalisierung wie ›komplexe Interdependenz‹, ›internationale Regime‹ und ›wirtschaftliche Integration‹.⁹ Darin spiegelt sich das Spannungsverhältnis zwischen den wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aspekten des indischen Großmacht-

7 Vgl. hierzu u.a. K. Subrahmanyam, Self-Reliant Defence and Indian Industry, <http://www.idsa-india.org/an-oct-00-2.html>.

8 Zur Bedeutung von Nuklearwaffen als Symbol für das indische Großmachtverständnis vgl. George Tanham, Indian Strategic Culture, in: The Washington Quarterly, 15 (Winter 1992) 1, S. 129–142.

9 Zur Perzeption der außenpolitischen Entscheidungsträger vgl. auch die Ausführungen von Amitabh Mattoo, India's Strategic Perceptions, auf der Indo-Europe Conference, 5./6.3.2001, in Neu-Delhi.

verständnis wider. Während die wirtschaftliche Verflechtung bereits früher vorhanden, aber eher eine abhängige denn unabhängige Variable der Politik war, spricht vieles dafür, daß sich diese Rangordnung nach 1991 verändert hat. Der Anspruch, wirtschaftliche Großmacht zu sein, kann aber auf lange Sicht nur durch internationale Verflechtungen und damit immer neue Abhängigkeiten erfüllt werden, die auch sicherheitspolitische Fragen berühren können, beispielsweise bei den Verteidigungsausgaben oder im Nuklearbereich. Die Globalisierung hat den Bereich ›Wirtschaft‹ gegenüber dem Bereich ›Sicherheit‹ zweifellos aufgewertet. Der Streit über die jeweilige Prioritätensetzung dürfte deshalb in den kommenden Jahren den außenpolitischen Entscheidungsprozeß begleiten und sich in unterschiedlichen außenpolitischen Strategien der jeweiligen Regierungskoalitionen niederschlagen.

Deutlich wurde dies unter anderem in der Nuklearfrage. Nach dem ersten Test im Mai 1974 hatte Indien eine Politik der nuklearen Zweideutigkeit (*nuclear ambiguity*) verfolgt: Der erreichte Stand des militärischen Teils im indischen Nuklearprogramm blieb für die internationale Umwelt lange Zeit unklar. Doch ab 1995 gab es Berichte, daß die Kongreßregierung Atomtests vorbereiten würde, die dann jedoch zum Teil auf internationalen Druck hin unterblieben. Demgegenüber führte die im April 1998 an die Regierung gelangte Bharatiya Janata Party (BJP) einen Monat nach Amtsantritt Nuklearversuche durch und untermauerte damit die indischen Großmachtambitionen.

Solange das politische System Indiens von der Kongreßpartei dominiert wurde, blieb diese auch in 42 Jahren Unabhängigkeit (1947–1989) von der Nehru-Gandhi-Dynastie geprägt. 37 Jahre lang bestimmte sie die Geschehnisse von Partei und Regierung in entscheidender Weise. Die Dominanz einer Partei unter der Führung einer Familie sowie Nehrus und Indira Gandhis herausgehobene Stellung in internationalen Fragen – beide hatten lange Zeit selbst das Amt des Außenministers inne – machten außenpolitische Entscheidungen zur ›Chefsache‹. Zentrale Entscheidungen wie der Einmarsch in Goa 1961 oder der indosowjetische Freundschaftsvertrag 1971 wurden von den jeweiligen Premierministern in Abstimmung mit ihren engsten Beratern gefällt. Außenministerium oder Kabinett hatten nur geringe Mitsprache.

Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Zunahme von Koalitions- und Minderheitsregierungen nach 1991 hat sich auch die Zahl der an außenpolitischen Entscheidungen beteiligten Akteure erhöht,

selbst wenn nicht alle Regionalparteien ein gleichmaßen großes Interesse an internationalen Fragen haben. Durch den für Delhi bestehenden Zwang zur Bildung von Koalitionsregierungen haben zum Beispiel die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten neue wirtschaftspolitische Spielräume erhalten. Auf ihren Auslandsreisen werben sie für Direktinvestitionen in ihren Bundesstaaten oder erhalten, wie Andhra Pradesh im März 2001, direkt Kredite von multilateralen Organisationen wie der Weltbank. Je nach Rolle, die die Ministerpräsidenten in den Koalitionsregierungen auf Bundesebene spielen, sind sie damit zu einem neuen wichtigen außenpolitischen Akteur geworden.

Die Öffnung 1991 machte auch eine Professionalisierung der Außenpolitik notwendig. War das Amt des Außenministers bis dahin oft in Personalunion vom Premierminister ausgeübt worden, ließen die wachsenden internationalen Verpflichtungen Indiens diese Ämterhäufung zunehmend als Anachronismus erscheinen. Langfristig könnte damit die Eigenständigkeit des Außenministeriums gestärkt werden, besonders wenn dieses Amt, wie in Deutschland, aus Gründen der Koalitionsarithmetik an Politiker kleinerer Parteien vergeben werden sollte.

Aber nicht nur auf der Ebene der Exekutive hat sich der außenpolitische Entscheidungsprozeß verändert. Im Rahmen der *mixed economy* waren, mit Rücksicht auf die einheimische Industrie, hohe Zollmauern errichtet worden, während die Arbeitnehmer im organisierten Sektor durch umfangreiche Arbeitsschutzgesetze gesichert waren. Der sukzessive Abbau der Zollmauern nach 1991 und die anhaltende Debatte über die Privatisierung von Staats- und Landesbetrieben machen es mehr als je zuvor notwendig, daß auch Unternehmer und Gewerkschaften ihre Anliegen im außenwirtschaftlichen Prozeß zur Geltung bringen. Die Unternehmerseite zerfällt dabei in diejenigen Firmen, die von einer weiteren Liberalisierung profitieren, und solche, die eine weitere Öffnung des indischen Marktes fürchten. Die Gewerkschaften wiederum müssen ihre Interessen in den außenwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß einbringen, um den drohenden Abbau von Arbeitsrechten im Rahmen der Wirtschaftsreformen abzuwehren. Wenngleich es innenpolitisch durchaus eine Reihe von Gruppen gibt, die sich kritisch mit den Folgen der Globalisierung für Indien auseinandersetzen, darunter Gewerkschaften, Intellektuelle, kleinere Parteien, so haben diese bislang kaum eine parteipolitische Basis im Parlament.¹⁰

10 Zu den kritischen Stimmen im Globalisierungsdiskurs

Der Wandel des Parteiensystems

Erste zaghafte Ansätze, die indische Wirtschaft für den Weltmarkt zu öffnen, gab es bereits Ende der 70er Jahre unter der Janata-Regierung. Indira Gandhi hatte in ihrer zweiten Amtszeit nach 1980 die Exportproduktion weiter gefördert, ihr Sohn Rajiv setzte diese Politik nach 1984 fort. Trotz deutlicher politischer Mehrheiten im Parlament blieben diese Reformen aber nur begrenzt. Große Teile der Kongreßpartei setzten einer solchen Wirtschaftspolitik Widerstand entgegen. Von dieser ersten Phase der Liberalisierung profitierten vor allem die städtischen Mittelschichten, die sich verstärkt der hindu-nationalistischen BJP zuwandten. Die BJP propagierte die Herrschaft der Hindus (*Hindutva*) als ideologische Grundlage des Staates und lehnte Nehrus Konzept des Säkularismus ab. Demzufolge kritisierte die BJP Korruption und Mißwirtschaft der Kongreßpartei sowie die verfassungsrechtlichen Privilegien von Minderheiten wie Christen, Muslimen und Sikhs im Familien- und Erbrecht sowie im Bildungsbereich.

Die politischen Kontroversen um den Fall Shah Bano, einer Muslimin, die Unterhaltszahlungen von ihrem geschiedenen Mann einklagte und damit eine breite öffentliche Debatte über das Verhältnis von säkularem Zivilrecht und religiösem Familienrecht auslöste, sowie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen um den Tempel- bzw. Moscheenkomplex in Ayodhya boten der BJP seit Mitte der 80er Jahre zahlreiche Möglichkeiten, ihre Wähler zu mobilisieren. Damit erwuchs der Kongreßpartei, die zwischen 1948 und 1989 mit Ausnahme der Zeit von 1977 bis 1980 stets die Regierung gestellt hatte, erstmals eine ernste Konkurrenz auf nationaler Ebene. Der rasante Aufstieg der BJP, die bei den Wahlen 1984 nur zwei Sitze im Parlament errungen hatte, zeigt sich in der nebenstehenden Tabelle.

Eine Reihe von Studien zur Parteien- und Wählerstruktur der BJP hat auf den engen Zusammenhang zwischen den neuen Mittelschichten und der BJP-Wählerschaft hingewiesen. Die BJP-Wähler entstammen zumeist den oberen Kasten, sind hauptsächlich junge Städter und verfügen über eine höhere Ausbildung als die Wähler anderer Parteien.¹¹

vgl. B. Vivekanandan, Globalisation and India, in: Purusottam Bhattacharya/Ajitava Ray Chaudhuri (Hg.), Globalisation and India. A Multi-Dimensional Perspective, Neu-Delhi 2000, S. 13–25.

¹¹ Zum sozialen Hintergrund der BJP-Wähler vgl. Yogendra K. Malik/V. B. Singh, Bharatiya Janata Party. An Alternative to

Tabelle:
Zahl der Abgeordneten und Stimmenanteile der Kongreßpartei und der BJS / BJP, 1952–1999

Wahl-jahr	Kongreßpartei		BJS/BJP	
	Sitze	Stimmen-anteil (%)	Sitze	Stimmen-anteil (%)
1952	364	45,0	3	3,1
1957	371	47,8	4	5,9
1962	361	44,7	14	6,4
1967	283	40,8	35	9,4
1971	352	43,7	22	7,4
1977	154	34,5	*	*
1980	353	42,7	*	*
1984	415	48,1	2	7,4
1989	197	39,5	86	11,5
1991	227	36,4	120	20,1
1996	140	28,1	161	20,3
1998	141	25,8	182	25,7
1999	114	28,4	182	23,7

* getrennte Angaben für 1977 und 1980 fehlen, da die BJS Teil der Janata-Partei war.

Quellen: David Butler/Ashok Lahiri/Prannoy Roy, India Decides: Elections 1952–1995, New Delhi 1995; Election Commission of India (<http://www.eci.gov.in>).

Der Aufstieg der BJP und der Niedergang der Kongreßpartei spiegeln den sozialen Wandel der indischen Gesellschaft im Parteiensystem wider, das lange Zeit ein von der Kongreßpartei geprägtes *one party dominant system* war. Seit Ende der 80er Jahre hat es sich in ein Mehrparteiensystem gewandelt, mit zwei großen Parteien, der Kongreßpartei und der BJP, die jedoch auf kleinere Parteien angewiesen sind, wenn sie eine Regierung bilden wollen. Vor allem Regionalparteien, die oftmals aus Abspaltungen der Kongreßpartei entstanden sind, erfuhren damit eine deutliche politische Aufwertung. Dies wiederum war unter anderem die Folge des wirtschaftlichen Aufstiegs der sogenannten Other Backward Castes (OBC) in den Bundesstaaten, die von der Ausweitung der bundesstaatlichen Quoten- und Reservierungspolitik profitiert hatten. Fünf nationale Wahlen zwischen 1989 und 1999 sowie die Zunahme von Minderheits- und Koalitionsregierungen haben zwar auf den ersten Blick die

the Congress (I), in: Asian Survey, 32 (1992) 4, S. 318–336; Ralph B. Meyer/David S. Malcolm, Voting in India. Effects of Economic Change and New Party Formation, in: Asian Survey, 33 (1993) 5, S. 507–519; Pradeep Chhibber, Who Voted for the Bharatiya Janata Party, in: British Journal of Political Science, 27 (1997) 4, S. 631–639.

Regierungsstabilität, jedoch nicht das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen des Landes beeinträchtigt.¹² Obgleich eine genaue Zuordnung schwierig ist, scheinen die, wenn auch zunächst nur bescheidenen, wirtschaftlichen Reformen seit Anfang der 80er Jahre doch die Veränderungen in der Parteienlandschaft beschleunigt zu haben.

Regionale Ebene: Von ›Südasiens‹ zum ›südlichen Asien‹

Die Beziehungen Indiens zu seinen Nachbarn waren von Beginn an durch ungeklärte Grenzverläufe, strittige territoriale Ansprüche und unterschiedliche Vorstellungen von nationaler Sicherheit belastet. Die Indische Union verstand sich als legitime Nachfolgerin Britisch-Indiens und interpretierte ihre Sicherheitsinteressen eher im regionalen als im nationalen Rahmen. Am problematischsten erwiesen sich die Beziehungen zu Pakistan. Bereits die Gründung eines eigenen Staates für die Muslime Südasiens war in der indischen Unabhängigkeitsbewegung auf erbitterte Ablehnung gestoßen und hatte in der Endphase der britischen Herrschaft zu blutigen Unruhen zwischen beiden Religionsgemeinschaften geführt. Der anschließende Streit um die Zugehörigkeit des zunächst unabhängigen Königreichs Kaschmir hatte zwei Kriege (1947/48 und 1965) zur Folge. Der dritte indisch-pakistanische Krieg 1971 entwickelte sich aus dem Bürgerkrieg zwischen West- und Ostpakistan. Die militärische Intervention Indiens führte zur Niederlage Pakistans und zur Unabhängigkeit Bangladeschs. Trotz des Friedensvertrags von Simla 1972 kam es auch danach immer wieder zu militärischen Drohgebärden, zum Beispiel durch Truppenaufmärsche und Manöver (1984, 1986, 1990). Die regelmäßigen Kämpfe in den Sommermonaten am Siachen-Gletscher sowie die bewaffneten Zusammenstöße an der Waffenstillstandslinie machen deutlich, daß sich beide Staaten in einem permanenten Kleinkrieg befinden.

Seit den Nuklearversuchen Indiens und Pakistans im Mai 1998 ist deren Rivalität um eine nukleare Dimension erweitert worden. Die Hoffnung, daß analog zum Ost-West-Konflikt die nukleare Aufrüstung eine Annäherung beider Seiten mit sich bringen würde, schien sich mit dem Besuch des indischen

Premierministers Vajpayee in Pakistan im Februar 1999 zu erfüllen. Die gemeinsame Lahore-Erklärung galt als Beginn eines neuen Kapitels der bilateralen Zusammenarbeit. Doch die Kargil-Krise im Frühsommer 1999 machte offenkundig, daß die nukleare Streitmacht nicht der Abschreckung diene, sondern – zumindest aus pakistanischer Sicht – das Eindringen kaschmirischer Freischärler in das indische Jammu und Kaschmir ermöglichte. Damit standen sich erstmals zwei Atommächte in direkter militärischer Konfrontation gegenüber.¹³

Nehru, im internationalen Kontext in vielen Krisen der 50er Jahre als Vermittler anerkannt und respektiert, setzte in der Region die Sicherheitsinteressen Indiens ohne jede Vermittlung durch. In Fortsetzung der britischen Politik sicherte sich Indien 1949/50 durch Verträge mit den Himalaya-Königreichen Bhutan, Nepal und Sikkim eine Kontrolle über deren außenpolitische Ausrichtung vor allem im Hinblick auf die VR China. Der Einsatz militärischer Mittel blieb für Nehru, abgesehen von der Annexion Goas im Dezember 1961, die Ausnahme.

Indira Gandhi entwickelte eine eigene Sicherheitsdoktrin, die die Vormachtstellung der Indischen Union gegenüber ihren Nachbarn untermauern sollte. Die nach ihr benannte *Indira-Doktrin* beinhaltete unter anderem die Ablehnung von Militärbasen im Indischen Ozean, was sich vor allem gegen die amerikanische Truppenpräsenz auf Diego Garcia richtete, sowie das Beharren auf bilateralen Verhandlungen im Konfliktfall, um Allianzen zwischen den Nachbarn und externen Großmächten oder internationalen Organisationen zu verhindern.¹⁴ Die Indira-Doktrin bildete den Ansatzpunkt für eine Reihe politischer und militärischer Interventionen Indiens in die Nachbarstaaten, von denen die Stationierung indischer Truppen auf Sri Lanka zwischen 1987 und 1990 die am weitesten reichende Maßnahme war. Die indische Auffassung von nationaler Sicherheit ließ ein Dilemma entstehen, da die Nachbarn nicht bereit waren, ihre Sicherheitsinteressen denen der Indischen Union

¹³ Das Eindringen der Freischärler, die z.T. als Angehörige pakistanischer Truppenverbände identifiziert werden konnten, wäre ohne die militärische und logistische Unterstützung durch pakistanische Stellen nicht möglich gewesen.

¹⁴ Manchmal wird die Indira-Doktrin auch Südasiens- oder indische Monroe-Doktrin genannt. Zu ihren Kernaussagen vgl. Devin T. Hagerty, *India's Regional Security Doctrine*, in: *Asian Survey*, 31 (April 1991) 4, S. 351f; Chris Smith, *India's Ad Hoc Arsenal. Direction or Drift in Defence Policy?*, Oxford 1994, S. 110.

¹² Vgl. A. Subrata Mitra, *Das Wahlverhalten und die Legitimität der indischen Demokratie*, in: *Indo-Asia*, 39 (1997) 2, S. 34–41.

unterzuordnen. Die Vernetzung innenpolitischer Auseinandersetzungen mit bilateralen Konflikten und den internationalen Konstellationen des Ost-West-Konflikts machten Südasiens in den 80er Jahren zu einer Region ›chronischer Instabilität‹.¹⁵

Die Veränderungen von 1991 schlugen sich auch im Verhältnis Indiens zu seinen Nachbarn nieder. Dabei schien Indien angesichts des militärischen und politischen Debakels in Sri Lanka von der Indira-Doktrin allmählich abzurücken. Wirtschaftliche Aspekte begannen die Beziehungen zu dominieren, und unter dem Schlagwort der ›Nicht-Reziprozität‹ machten indische Regierungen deutlich, daß sie nun bereit waren, mehr zu geben, als sie von den kleinen Nachbarn im Gegenzug erhalten konnten. Bereits unter der Kongreßregierung von Narasimha Rao wurden langanhaltende Streitigkeiten beispielsweise mit Nepal beigelegt und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Sri Lanka ausgebaut. Die nachfolgende ›United Front‹-Regierung legte den jahrzehntelangen Streit mit Bangladesch über die Verteilung des Gangeswassers durch einen neuen Vertrag bei. Der Außen- und spätere Premierminister der ›United Front‹-Regierung I. K. Gujral formulierte die neuen Prinzipien der indischen Außenpolitik gegenüber den Nachbarn in Südasiens:¹⁶

1. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Bhutan, Bangladesch, den Malediven, Nepal und Sri Lanka sollten nicht mehr auf der Grundlage der Reziprozität gestaltet werden. Indien sei angesichts seiner Stärke und Überlegenheit in vielen Bereichen bereit, mehr zu geben, als es von den Nachbarn erhalte.
2. Kein Staat Südasiens sollte sein Gebiet für Aktionen gegen einen anderen Staat zur Verfügung stellen.
3. Es sollte keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten geben.
4. Alle Staaten Südasiens sollten die territoriale Integrität und Souveränität der Nachbarn anerkennen.
5. Streitfälle sollten durch friedliche bilaterale Verhandlungen beigelegt werden.

Gujral plädierte damit für eine ›Politik der guten Nachbarschaft‹,¹⁷ die die Indira-Doktrin mit ihrer Politik der Stärke und inneren Einmischung ablösen

sollte. Politische Kriterien wie nationale Sicherheit, die noch zu Zeiten Indira Gandhis die Beziehungen zu den Nachbarstaaten geprägt hatten, sollten jetzt die bilateralen Beziehungen weniger bestimmen als wirtschaftliche Fragen. Auch die regionale Zusammenarbeit erhielt eine deutlich größere Bedeutung in der Außenpolitik. Da aber die Erfolge der Zusammenarbeit von der Stärke der Beteiligten abhängig sind, kann angesichts der Dominanz Indiens davon ausgegangen werden, daß das Land mit dieser neuen außenpolitischen Strategie keinen allzu großen Machtverlust gegenüber seinen kleineren Nachbarn erleiden wird. Der Wandel war dennoch bedeutsam, weil Gujral der Zusammenarbeit und den vertrauensbildenden Maßnahmen ein merklich größeres Gewicht in der Außenpolitik einräumte.

Selbst wenn üblicherweise nur die Staaten Südasiens zu den Nachbarn Indiens gezählt werden, erlaubt es der von indischen Politikern immer wieder benutzte Begriff der ›erweiterten Nachbarschaft‹ (*extended neighbourhood*), auch die Beziehungen zu Südostasien einzubeziehen, zumal Indien mit Myanmar eine Land- und mit Indonesien eine Seegrenze besitzt. Nach seinem Amtsantritt 1991 verfolgte Premierminister Rao eine *Look East Policy*, mit der vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zu den ost- und südostasiatischen ›Tigerstaaten‹ verbessert werden sollten. Neben den wirtschaftlichen Verbindungen haben sich in den letzten Jahren auch die politischen Kontakte mit Südostasien intensiviert. Seit 1992 war Indien sektoraler, ab 1996 vollständiger Dialogpartner der ASEAN, seit 1993 ist es im neugegründeten ASEAN Regional Forum (ARF) vertreten, in dem sicherheitspolitische Fragen mit bedeutenden internationalen Akteuren wie den USA, der EU und China erörtert werden.

Durch neue Regionalorganisationen wie die 1997 gegründete Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation (IORARC) oder die Bangladesh, India, Myanmar, Sri Lanka and Thailand Economic Cooperation (BIMSTEC) konnte die institutionelle Zusammenarbeit mit den beteiligten Staaten Südasiens ebenfalls verstärkt werden. Während Indien für die ASEAN wirtschaftlich ohne größere Bedeutung ist, haben einzelne Staaten wie Singapur ein Interesse, Indien stärker sicherheitspolitisch in die Region einzubinden. Damit wollen sie chinesischen Hegemonieansprüchen im südchinesischen Meer begegnen. Während die Industrienationen die indischen Nuklearversuche verurteilten, hielten sich die Staaten Südasiens mit Kritik zurück. Die indische Regierung folgerte daraus,

¹⁵ Vgl. Sandy Gordon, *Resources and Instability in South Asia*, in: *Survival*, 35 (1993) 2, S. 66–87.

¹⁶ Vgl. I. K. Gujral, *A Foreign Policy for India*, ohne Ort 1998, S. 37f. Vgl. auch *ohne Autor*, ›Our Neighbours and Our World‹, Interview von I. K. Gujral in: *Frontline*, 4.–17.4.1997, S. 12.

¹⁷ Vgl. Hans-Georg Wieck, *Indiens Politik der guten Nachbarschaft*, in: *Aussenpolitik*, (1997) 3, S. 291–300.

daß die ASEAN Indien als »balancing power«¹⁸ gegenüber China anerkannt hatte.

Nach der Regierungsübernahme durch die BJP 1998 erfolgte eine erweiterte Festlegung indischer Sicherheitssphären und Einflußzonen. Wurde zu Zeiten von Nehru, Indira und Rajiv Gandhi noch ›Südasiens‹ (*South Asia*) als nationale Sicherheitsregion reklamiert, dehnte die BJP-Regierung nun die außenpolitischen Sicherheitsinteressen Indiens deutlich aus. Außenminister Singh gab in verschiedenen Reden zu verstehen, daß sich Indiens nationale Interessen nicht mehr auf Südasiens (*South Asia*), sondern auf das ›südliche Asien‹ (*Southern Asia*) konzentrieren. Indien erhob Anspruch auf eine internationale Ordnungsfunktion, die Südostasien, Zentralasien, den arabischen Raum mit Israel sowie den Indischen Ozean umfaßt. »India is but just about 90 odd nautical miles from the northern-most Province of Indonesia-Aceh. Developments, therefore, in the entire South-East Asian region are a matter of direct consequence to us. In another direction, from the northern most point of India, which is now part of Pakistan-occupied Kashmir, Tajikistan is a mere 35 kms away; thus the Central Asian lands define that part of our region.«¹⁹ Abzuwarten ist allerdings, ob diese Vorstellungen Bestandteil des außenpolitischen Konsenses indischer Parteien werden oder ob sie eine von der jeweiligen Regierungskonstellation abhängige Variable bleiben.

Internationale Ebene: Außenpolitisches Realignment zwischen Interdependenz und Großmachtanspruch

Die indische Außenpolitik hat von Anfang an ihre Eigenständigkeit gegenüber den Blöcken des Kalten Krieges betont und eine eigene Großmachtrolle im internationalen System angestrebt. Diese Politik wurde von den USA, der UdSSR und China zunächst gleichermaßen kritisch verfolgt. Die Beziehungen zu diesen drei Staaten wurden in der Folge zum Dreh- und Angelpunkt für das Verständnis indischer Außenpolitik, da sie in der Ära des Kalten Krieges über Macht und Status im internationalen System entschieden.

¹⁸ *Government of India, Ministry of External Affairs, Annual Report 1998–99, Neu-Delhi 1999, S. 77.*

¹⁹ Jaswant Singh, *India's Perspective on International and Regional Security Issues*, Vortrag am 17.1.2001, Berlin, verteiltes Manuskript, S. 12f. Ein Abdruck der Rede findet sich auch auf der Homepage der indischen Botschaft in Deutschland unter <http://www.indianembassy.de/dgap.htm>.

USA – China – Sowjetunion

Nehru hatte durch seine Bemühungen um regionale Krisenbeilegung in den 50er Jahren hohes internationales Ansehen erworben, doch die militärische Niederlage gegen China 1962 wurde zum Trauma für seine außenpolitischen Vorstellungen. Die konventionelle Bedrohung wurde nach dem ersten chinesischen Atomtest 1964 um eine nukleare Komponente erweitert. Während China 1968 als anerkannte Nuklearmacht Mitglied des NVV wurde, lehnte Indien einen Beitritt als Nicht-Nuklearwaffenstaat ab. Seine Großmachtambitionen bekundete Indien mit dem ersten Nuklearversuch 1974, dem eine Reihe von Sanktionen folgten, obwohl Indien nicht Mitglied des NVV war.

Das Verhältnis zwischen Indien und den USA verschlechterte sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Die USA, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds drängten Indira Gandhi zu innenpolitischen Reformen und nutzten die Abhängigkeit Indiens als Druckmittel aus, was mit den indischen Vorstellungen von Eigenständigkeit nicht zu vereinbaren war.²⁰ Mit der Annäherung Chinas an die USA und der Aufnahme als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der VN 1971 stieg die Volksrepublik endgültig zur international anerkannten Großmacht auf. Parallel zur Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen im Sommer 1971 eskalierte der Bürgerkrieg zwischen der Unabhängigkeitsbewegung in Ostpakistan, die von Indien unterstützt wurde, und dem Militärregime in Westpakistan, das Unterstützung von den USA erhielt. Die Annäherung an China und die Unterstützung Pakistans durch die USA veranlaßten Indien im August 1971, einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion zu unterzeichnen. Während sich die indisch-amerikanischen Beziehungen in der Folge weiter verschlechterten, wurde Indien zu einem der größten Empfänger sowjetischer Wirtschaftshilfe und Rüstungsgüter. Damit verbanden sich aber weder innen- noch außenpolitische Auflagen, so daß Indien seiner Politik der Eigenständigkeit treu bleiben konnte.

Mit der Abschwächung des Ost-West-Konflikts ab Mitte der 80er Jahre begann eine Phase der Wiederannäherung Indiens sowohl an die USA als auch an China. Während der Regierungszeit Rajiv Gandhis (1984–1989) erfolgten zahlreiche hochrangige Staats-

²⁰ Vgl. Vijay Sen *Budhraj*, *Indian Foreign Policy: The Indira Gandhi Era, 1966–1976*, in: Surendra Chopra (Hg.), *Studies in India's Foreign Policy*, Amritsar 1983, S. 27.

besuche, die die Beziehungen zu beiden Staaten auf eine neue Grundlage stellten. Mit der Öffnung der indischen Wirtschaft erhielten die indisch-amerikanischen Beziehungen einen weiteren Schub. Angesichts der neuen internationalen Konstellationen entdeckten beide Seiten neue gemeinsame Interessen, zum Beispiel im Kampf gegen den militanten islamischen Fundamentalismus, gegen den internationalen Terrorismus oder gegen den Drogenhandel, und betonten stärker als in der Vergangenheit ihre gemeinsamen demokratischen Werte.²¹

Die Differenzen über das indische Atomprogramm blieben jedoch bestehen, so daß die USA und eine Reihe weiterer Industriestaaten Sanktionen gegen Indien und Pakistan nach deren Nukleartests im Mai 1998 verhängten, obwohl keiner der beiden Staaten Mitglied des NVV war und insofern auch nicht gegen bestehende Verträge verstoßen hatte. Indien verkündete im Herbst 1998 ein Testmoratorium und stellte den Beitritt zum CTBT in Aussicht, wenngleich die damit verknüpfte Bedingung eines innenpolitischen Konsenses kaum zu erreichen sein dürfte. In den bilateralen Gesprächen mit den USA rückte Indien nicht von seiner Politik ab, eine *minimum nuclear deterrence* aufzubauen. Dennoch zeichnete sich ein Kompromiß ab, als hochrangige indische Politiker zu verstehen gaben, daß Indien den Normen und Prinzipien internationaler Rüstungskontrollverträge durchaus folgen könnte, ohne diesen jedoch beizutreten.²²

Der Besuch von US-Präsident Bill Clinton im März 2000 in Indien leitete eine neue Phase der bilateralen Beziehungen ein. Galten Indien und die USA lange Zeit als »estranged democracies«,²³ bezeichnete Premierminister Vajpayee sie nun als »natural allies«. Indien zeigt großes Interesse an der Zusammenarbeit mit den USA, etwa in Fragen der Hochtechnologie, und hofft auf deren Unterstützung für seine Bewerbung um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN. Auf der anderen Seite haben die USA ein großes Interesse an einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Indien in der Golfregion, wie der neue US-Außenminister Powell deutlich machte.

21 Vgl. hierzu u.a. Selig S. Harrison/Geoffrey Kemp, *India & America. After the Cold War*, Washington: Carnegie Endowment for International Peace, 1993.

22 Vgl. Jaswant Singh, *Against Nuclear Apartheid*, in: *Foreign Affairs*, 77 (September/Oktober 1998) 5, S. 41–51.

23 So der Titel des Buchs von Dennis Kux, *Estranged Democracies. India and the United States 1941–1991*, London/Neu-Delhi 1994.

Die Indische Union reagierte, zur allgemeinen Überraschung, auch positiv auf die Vorschläge der neuen US-Administration von Präsident Bush, eine National Missile Defence (NMD) zu errichten. Die amerikanische NMD-Initiative kommt den außenpolitischen Interessen Indiens in verschiedenen Punkten entgegen. Im Kern sehen die amerikanischen Vorschläge erstens ein Abrücken von dem Prinzip der gegenseitigen Abschreckung vor, zweitens eine deutliche Reduzierung der noch bestehenden nuklearen Potentiale sowie drittens eine neue Haltung zu Fragen der nuklearen Proliferation. Indien gilt seit jeher als Befürworter einer weltweiten nuklearen Abrüstung und lehnte das Prinzip der gegenseitigen Abschreckung ab, so daß sich hier eine Übereinstimmung der Interessen ergibt. Von größtem strategischem Interesse dürften aber für die indische Regierung die veränderten internationalen Sicherheitsstrukturen sein, die durch NMD entstehen könnten. Diese neuen Strukturen könnten, so die Überlegungen indischer Politiker und Sicherheitsexperten, die Bedeutung des NVV langfristig verringern.²⁴ Dies würde einerseits die indische Kritik an dem Vertrag bekräftigen, andererseits dürfte damit eine zentrale Hürde überwunden sein, die bislang einer internationalen Aufwertung Indiens zur Großmacht im Wege stand. Die positive Reaktion Indiens auf die NMD-Vorschläge kann deshalb als Absichtserklärung der BJP-Regierung verstanden werden, die indisch-amerikanischen Beziehungen auszubauen, um eine weitere Annäherung bei Fragen der internationalen Sicherheit zu erreichen. Beide Seiten haben zudem ihre Absicht bekräftigt, im Indischen Ozean enger zu kooperieren.

Die Beziehungen zur VR China haben sich seit Ende der 80er Jahre ebenfalls deutlich verbessert. Zur Diskussion über die Regelung von Dauerkonflikten wie dem ungeklärten Grenzverlauf zwischen beiden Staaten wurde 1989 eine *joint working group* (JWG) eingerichtet. Abkommen über den Status quo an der Grenze (1993) sowie über vertrauensbildende Maßnahmen (1996) brachten eine weitere Entspannung im bilateralen Verhältnis. Trotz der chinesischen Kritik an den indischen Nukleartests und der indischen Vorbehalte gegenüber der militärischen Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan im Bereich der Nuklear- und Raketentechnologie entdeckten beide Staaten

24 Vgl. Raja C. Mohan, *The Armitage Mission*, in: *The Hindu*, 10.5.2001. Zu den negativen Folgen von NMD für Indien, z.B. durch die mögliche nukleare Aufrüstung und Modernisierung der chinesischen Arsenale, vgl. u.a. Achin Vanaik, *India's Response to the NMD*, in: *The Hindu*, 25.5.2001.

gemeinsame Sicherheitsinteressen. Der militante islamische Fundamentalismus stellt eine Bedrohung dar, mit der Indien in Kaschmir und China in seinen westlichen Landesteilen konfrontiert ist. Beide Staaten haben auch gemeinsame Vorstellungen von einer polyzentrischen bzw. multipolaren Struktur des internationalen Systems. Sie wenden sich damit gegen einen westlichen Unilateralismus bzw. das Hegemoniestreben einer Supermacht wie den USA. Trotz aller bilateralen Probleme führten die gemeinsamen Interessen zu neuen Formen der Zusammenarbeit. So verurteilte Indien die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO während des Kosovo-Krieges 1999 und stimmte unter anderem im April 2001 in der VN-Menschenrechtskonferenz in Genf gegen einen Vorschlag der USA, die Menschenrechtspolitik Chinas zu verurteilen.²⁵

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion normalisierten sich zunächst die Beziehungen zwischen Indien und Rußland. Der neue, 1993 geschlossene Freundschaftsvertrag enthielt im Gegensatz zu 1971 keine Klauseln mehr über eine mögliche Beistandsverpflichtung im Krisenfall. Durch die enge militärische und technologische Zusammenarbeit, zum Beispiel im Bereich der Nuklear- und Raketentechnologie, hat Rußland für Indien weiterhin einen hohen Stellenwert. Dies kam sowohl während des Staatsbesuchs von Premierminister Putin im Oktober 2000 als auch in den umfangreichen Rüstungsvereinbarungen im Februar 2001 zum Ausdruck.

Deutschland – Europäische Union

Für die Bundesrepublik Deutschland stand Indien bis Mitte der 90er Jahre im Schatten der aufstrebenden Volkswirtschaften Südasiens. Dies zeigte sich in dem eingangs erwähnten Asien-Konzept der Bundesregierung 1993/94, das hauptsächlich auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtet war. Deutschland ist einer der wichtigsten bilateralen Handelspartner der Indischen Union, die wiederum seit Jahren zu den größten Empfängern bundesdeutscher Entwicklungshilfe zählt. Die wichtigsten deutschen Exportgüter kommen aus den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik sowie aus dem Chemie- und Pharmasektor. Die indische Industrie liefert bislang vor allem Textilien und Lederwaren nach Deutschland, bemüht sich

aber um eine Diversifizierung ihrer Exporte etwa im pharmazeutischen Bereich. Die Einführung einer *green card* in Deutschland hat das indische Potential im Bereich Informationstechnologie und Softwareentwicklung erkennen lassen. Indische Experten bildeten die größte nationale Gruppe, die im ersten Jahr nach der Einführung der *green card* nach Deutschland kam.

Neben den wirtschaftlichen Interessen näherten sich auch die sicherheitspolitischen Vorstellungen an. Nach dem Ende des Kalten Krieges zeigte sich immer deutlicher, daß Indien zentrale Wertvorstellungen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, das Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Strukturen, aber auch die Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Drogenhandel mit der westlichen Staatengemeinschaft teilte.

Die Bundesrepublik verhängte nach den indischen Atomtests im Mai 1998 Sanktionen und gab keine Neuzusagen mehr im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit. Die Zunahme hochrangiger Besuche nach dem Regierungswechsel in Bonn 1998 unterstreicht jedoch, daß Deutschland, trotz vorhandener Unterschiede hinsichtlich der Nuklearpolitik, mittlerweile die politischen Gemeinsamkeiten mit der Indischen Union höher bewertet und in dem Land einen wichtigen Partner im internationalen System des 21. Jahrhunderts sieht. Erfolge im Kampf gegen internationalen Terrorismus, Drogenhandel, grenzüberschreitende Kriminalität und nukleare Weiterverbreitung als zentrale Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft werden ohne eine aktive Einbeziehung Indiens nicht zu bewerkstelligen sein. Süd-Asien kann als ›gefährlichster Ort der Welt‹ im 21. Jahrhundert gelten, da sich hier die genannten Probleme wie in sonst keiner anderen Region bündeln.²⁶ Trotz seiner innenpolitischen Probleme bleibt Indien der zentrale Stabilitätsanker in der Region.

Die Beziehungen Indiens zur EU haben sich bislang vor allem auf wirtschaftliche Fragen konzentriert. Indien war das erste nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörende Land, das bereits 1962 eine eigene Vertretung in Brüssel eröffnete.²⁷ Die ersten Verträge mit der EG wurden 1973 geschlossen, der jüngste

²⁶ Vgl. Christian Wagner, Der ›gefährlichste Platz der Welt?‹ Süd-Asien am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Bulletin, (Frühjahr 2000) 8, 6 S. (<http://www.hsfk.de/fg1/proj/abm/bulletin/pdfs/wagner1.pdf>).

²⁷ Vgl. Dietmar Rothermund, Europe and India: The Need for Greater Mutual Awareness, in: Asien, (Juli 2001) 80, S. 116–125.

²⁵ Vgl. Raja C. Mohan, India Backs China on Human Rights, in: The Hindu, 19.4.2001.

Vertrag über »Partnerschaft und Entwicklung« wurde 1994 unterzeichnet. Zudem wurden eine gemeinsame Kommission sowie drei Unterkommissionen zu den Bereichen Handel, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet.²⁸

Trotz Liberalisierung und Exportförderung in Indien haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU in den 90er Jahre asymmetrisch entwickelt.²⁹ Während der Handel mit der EU für Indien immer wichtiger wird, spielt Indien wirtschaftlich für die EU so gut wie keine Rolle. Die EU, mittlerweile der größte Handelspartner Indiens, nimmt ca. 25 bis 30% der indischen Ausfuhren auf. Demgegenüber liegt der Anteil Indiens am Gesamthandel der EU bei lediglich ca. 1,3%.³⁰ Die indische Industrie beklagt regelmäßig die Handelsrestriktionen etwa durch Mengenbeschränkungen, Industrienormen und Sozialstandards, während die EU die weiterhin hohen Zölle sowie die schleppende Bürokratie und Probleme der Infrastruktur bemängelt.

Da Indien 1996 nicht Mitglied der ASEM wurde, blieben die Beziehungen zur EU auf bilaterale Kontakte beschränkt. Die Vereinbarung über erweiterte Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU von 1996 betonte die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen und gab unter anderem die Intensivierung des politischen Dialogs sowie die Verbesserung von Handel und Investitionen als Ziele vor.³¹ Der Widerstreit zwischen nationalen und europäischen Interessen in außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen schafft immer wieder Irritationen in Indien. Während die EU die Atomtests 1998 kritisierte und einige Staaten Sanktionen verhängten, hatte Frankreich als langjähriger sicherheitspolitischer Partner Indiens größeres Verständnis für dessen nukleare Ambitionen. Das komplizierte System der EU macht es zudem für Staaten wie Indien schwierig, handelspolitische Erleichterungen zu erlangen.³²

Das erste gemeinsame Gipfeltreffen zwischen Indien und der EU im Juni 2000 in Lissabon bedeutete

²⁸ Eine Übersicht über verschiedene Dokumente der Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU bietet http://europa.eu.int/comm/external_relations/india/intro/index.htm.

²⁹ Vgl. J. D. Pedersen, India and the EC in a New World Order, in: Contemporary South Asia, 2 (1993) 3, S. 265–284.

³⁰ Zu den Zahlenangaben vgl. Batuk Gathani, EU Seeking Greater Trade, in: The Hindu, 2.3.2000; K. K. Katyal, E.U., a Major Factor for India, in: The Hindu, 26.6.2000.

³¹ Vgl. Commission of the European Communities, EU–India Enhanced Partnership, Brüssel 1996, S. 12f.

³² Vgl. Saran Rohit, Si! No! May Be..., in: India Today, 20.7.2000.

für Indien eine weitere internationale Aufwertung, da es als drittes asiatisches Land nach Japan und China von der EU zu einem solchen Gipfeltreffen eingeladen wurde. In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten beide Seiten ihren Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit, unter anderem im Kampf gegen den Terrorismus und Drogenhandel. Die EU hob das freiwillige Testmoratorium Indiens und seine Bereitschaft hervor, dem allgemeinen Teststoppabkommen beizutreten. Zugleich konnten Handelsprobleme beigelegt werden, da Indien unter anderem Zugeständnisse für Textileinfuhren in die EU erhielt. Beide Seiten verständigten sich darauf, ihren Dialog auf der *Track II*-Ebene durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen *Think Tanks* in Europa und Indien auszubauen.

Aufgrund der ähnlich gelagerten politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen über regionale und internationale Sicherheit ergeben sich eine Reihe potentieller Kooperationsfelder zwischen Indien, der EU und Deutschland. Von deutscher und europäischer Seite sollte weiterhin darauf gedrängt werden, daß Indien in die ASEM aufgenommen wird, zumal dieser Wunsch sowohl von Indien selbst als auch von verschiedenen Staaten Europas und Asiens geäußert wird. Gemeinsame Sicherheitsinteressen haben Europa, Deutschland und Indien in Zentralasien, vor allem das Interesse, der Ausbreitung des militanten islamischen Fundamentalismus zu begegnen. Hier sind Deutschland und Europa über ihre Mitgliedschaft in der OSZE fast Nachbarn der Indischen Union, die ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken seit Anfang der 90er Jahre ebenfalls ausgebaut hat.

Ein zweiter Bereich, der sich für eine intensivere Zusammenarbeit anbietet, ist der Nahe Osten. Sowohl die EU als auch Indien haben ihr Interesse an einem stärkeren Engagement in der Region bekräftigt. Durch seine prominente Rolle in der Bewegung der Blockfreien Staaten pflegt Indien seit Jahren gute Beziehungen zur arabischen Welt und hat erst seit wenigen Jahren vor allem seine militärischen Kontakte zu Israel intensiviert. Durch seine Abhängigkeit von Erdöleinfuhren und von den Arbeitsmöglichkeiten für indische Gastarbeiter haben der Nahe und Mittlere Osten einen hohen wirtschaftlichen Stellenwert für Indien.

Zusammenfassung

Die Liberalisierung hatte weitreichende Folgen im politischen Bereich. Während die indischen Großmachtambitionen eine gewisse Kontinuität aufweisen,

haben die veränderten parteipolitischen Konstellationen neue Akteure in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß gebracht. Die Verlagerung auf wirtschaftliche Fragen hat die Beziehungen zu den meisten Nachbarn entspannt, wobei Pakistan aufgrund des Kaschmirkonflikts ein Sonderfall bleibt. Im internationalen Kontext hat Indien eine deutliche Aufwertung erfahren. Allein die internationale Aufmerksamkeit, die Indien seit Anfang der 90er Jahre zuteil wurde, läßt die These zu, daß Indien eher ein Gewinner denn ein Verlierer der internationalen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges ist.

Die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung

Die nationale Ebene: Von der *mixed economy* zur Liberalisierung

Die Politik der Eigenständigkeit schlug sich nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Innenpolitik nieder. Indien versuchte mit seinem Staats- und Entwicklungsmodell wie kaum ein anderes Land in der Phase des Kalten Krieges, einen dritten Weg zwischen westlichem Kapitalismus und sozialistischer Planwirtschaft einzuschlagen. Während sich das politische System an den Traditionen und Institutionen der britischen Westminster-Demokratie orientierte, nahm die indische Wirtschaftspolitik stärkere Anleihen bei sozialistischen Vorbildern wie der Sowjetunion. Ausgehend von den zahllosen Entwicklungsproblemen in allen Bereichen sollte eine staatliche Planung die Modernisierung des Landes vorantreiben und zugleich die Probleme kapitalistischer Marktordnung umgehen.³³ Bei der Umsetzung dieser ›gemischten‹ Wirtschaftspolitik (*mixed economy*) sollte der Staat als zentraler Motor der Entwicklung fungieren. Er kontrollierte nicht nur die wichtigsten Wirtschaftszweige, sondern übte durch ein weitverzweigtes Netz von Lizenzen, Quoten und Genehmigungen bürokratische Kontrolle über die Privatwirtschaft aus. Dieses System wurde in Analogie zur britischen Kolonialzeit (*British Raj*) als *permit-licence-quota-raj* bezeichnet.

Während kleinere Staaten in Südostasien Exportproduktion und Weltmarktintegration als Entwicklungsstrategien verfolgten, setzte die Indische Union auf eine Politik der Importsubstitution, das heißt auf eine Entwicklung des Binnenmarkts, der durch hohe Zollmauern vom Weltmarkt abgeschirmt war.³⁴ Demzufolge sank Indiens Anteil am Weltmarkt von über 2% in den 50er Jahren auf weniger als 1% in den 80er Jahren. Obwohl die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftssektor war – im Hinblick auf ihren Anteil am BIP und die Zahl der dort Beschäftigten –, erhielt sie nur eine vergleichsweise geringe Förderung. Statt dessen wurden Ende der 50er Jahre die Prioritäten auf

die (Schwer-) Industrie verlagert. Von den insgesamt 163 Mrd. Rupien der drei ersten Fünfjahrespläne entfielen nur 19 Mrd. auf die Landwirtschaft, die weitgehend in privater Hand lag. Die Mißernten Mitte der 60er Jahre führten der indischen Regierung allerdings die weiterhin bestehende hohe Abhängigkeit der ökonomischen Entwicklung von der Landwirtschaft vor Augen. Die ›Grüne Revolution‹ brachte deutliche Steigerungen der Erträge, doch blieb sie auf wenige Getreidesorten wie Weizen und auf einzelne Gebiete wie den Punjab beschränkt.³⁵

Mittlerweile hat Indien die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreicht, doch besteht bis heute eine hohe Abhängigkeit von der Landwirtschaft. Deren Anteil am BIP ist zwar 1998/99 auf ca. 29% gesunken, sie nimmt aber noch immer mehr als 60% der Arbeitskräfte im Lande auf.³⁶ Die indische Wirtschaft kann mit einer Reihe von Erfolgen aufwarten, etwa dem Aufbau der Schwerindustrie oder der Entwicklung eines eigenen Weltraum- und Nuklearprogramms. Die Importsubstitution hat eine ausgedehnte Konsumgüterindustrie entstehen lassen, deren Erzeugnisse jedoch kaum mit ausländischen Waren konkurrieren können. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, die sogenannte *Hindu rate of growth*, lag bis zum Beginn der Liberalisierung bei ca. 3,5% – angesichts eines Bevölkerungswachstums von ca. 2% zu wenig für dauerhafte Entwicklungserfolge und eine nachhaltige Verringerung der Armut. Die unzureichende Lebensqualität zeigt sich auch darin, daß Indien unter 174 Staaten nur Rang 128 auf dem Human Development Index 2000 belegte. Zudem verwandelte sich die politische Ökonomie, im Sinne staatlicher Planung und eines großen Staatssektors, in eine ›politisierte‹ Ökonomie, in der das enge Zusammenspiel von Parteipolitik und staatlich kontrollierter Wirtschaft der Ausbreitung von Patronage und Korruption vielfältig Vorschub leistete.

Trotz aller Entwicklungsanstrengungen blieb die indische Wirtschaft auf internationale Entwicklungs-

³³ Für seine kritische Sicht des westlichen und sowjetischen Entwicklungsmodells vgl. *Nehru, The Discovery of India*, S. 548.

³⁴ Vgl. *Economist Intelligence Unit, India. Towards Globalization*, London 1995, S. 3.

³⁵ Vgl. *Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Entwicklung*, Paderborn 1985.

³⁶ Vgl. *Tata Services, Statistical Outline of India 2000–2001*, Mumbai 2000, S. XVI.

hilfe angewiesen, wobei die USA und die UdSSR die wichtigsten Geberländer waren. Während die USA ihre Hilfslieferungen mit einer Reihe wirtschaftlicher Reformen verbanden, etwa der Abwertung der Rupie in den 60er Jahren, verständigten sich Indien und die Sowjetunion auf die Verrechnung von Rubel gegen Rupien. Die Sowjetunion wurde einer der wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern und von Rohöl, die von Indien nicht in harten Devisen bezahlt werden mußten. Im Gegenzug belieferte Indien die Märkte des Ostblocks mit Konsumgütern, deren Qualität allerdings mangels Wettbewerb deutlich hinter internationalen Standards zurückblieb.

Vor allem im Vergleich zur Entwicklung in Ost- und Südostasien zeigen sich die wirtschaftlichen und sozialen Defizite der indischen Entwicklungsstrategie. Galt Indien in den 50er Jahren noch als alternatives Entwicklungsmodell zu China, genießt das chinesische Modell mittlerweile international eine deutlich höhere Reputation als das indische.³⁷ Ausgehend von einer mit Indien vergleichbaren Basis in den 50er Jahren haben Staaten wie Südkorea inzwischen den Sprung in die OECD geschafft oder zählen wie Taiwan zur Gruppe der NIC. Vergleichende Studien unterschiedlicher Entwicklungswege haben herausgearbeitet, daß weniger kulturelle Faktoren wie Hinduismus und Kastensystem, sondern vor allem institutionelle Faktoren wie ein wenig durchsetzungsfähiger Staat (*soft state*), fehlende Landreformen sowie eine unzureichende Alphabetisierung und Gesundheitsfürsorge für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Indischen Union verantwortlich sind.³⁸

Nach den ersten zaghaften Reformen Ende der 70er Jahre unter der Janata-Regierung lockerten Indira und später Rajiv Gandhi die Importbeschränkungen und förderten in den 80er Jahren die Exportproduktion. Damit wuchs auch die Verschuldung des Landes von 18% 1984/85 auf 27% 1989/90.³⁹ Die Golfkrise 1990/91

und die mit ihr einhergehende Verteuerung der Ölpreise sowie der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks, durch den Indien seine wichtigsten Absatzmärkte verlor, führten im Sommer 1991 zu einer schweren Zahlungsbilanzkrise, so daß Einfuhren nur noch für zwei Wochen finanziert werden konnten.⁴⁰ Erst diese verschiedenen externen Schocks bewirkten einen grundlegenden Wandel des indischen Wirtschaftsmodells. Während Indira und Rajiv Gandhi mit ihren großen politischen Mehrheiten im Parlament nur schrittweise Reformen gegen den Widerstand der Interessengruppen und Fraktionen durchsetzen konnten, mußte der im Sommer neugewählte Premierminister Narasimha Rao das Reformprogramm des Internationalen Währungsfonds mit einer der schwächsten Mehrheiten aller Kongreßregierungen umsetzen.

Die Liberalisierung zielte auf einen Rückzug des Staates, zum Beispiel durch Privatisierung der Bundes- und Landesbetriebe, auf eine Stärkung des Privatsektors sowie auf Reformen in der Handelspolitik, etwa den Abbau von Zollmauern oder die Förderung ausländischer Direktinvestitionen.⁴¹ Im Vergleich zur *mixed economy* stellte diese neue Wirtschaftspolitik unzweifelhaft eine Revolution dar.⁴² Trotz der bereits erwähnten Widerstände einzelner Gruppen in den Parteien oder der Gewerkschaften entwickelte sich bei den großen Parteien einschließlich der Communist Party of India/Marxist (CPI/M) ein breiter Konsens über das neue ›Mantra‹ der Liberalisierung. Bei den verschiedenen Regierungswechseln im Verlauf der 90er Jahre kam es deshalb auch nicht zu einer grundsätzlichen Abkehr von der Reformpolitik. Yashwant Sinha, Finanzminister der BJP-Regierung nach 1998, brachte den erreichten parteiübergreifenden Konsens auf die kurze Formel: »The clock won't be turned back.«⁴³

Obwohl zwischen den größten Parteien ein Konsens über die Notwendigkeit der weiteren Liberalisierung und der Weltmarktintegration herrscht, sollte nicht übersehen werden, daß es innerhalb der Parteien bzw.

³⁷ Vgl. dazu Beate Kruse, Indien und die VR China in der Weltwirtschaft – Ein Vergleich, in: Werner Draguhn (Hg.), Indien. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1999, S. 289–300.

³⁸ Für den Vergleich der Entwicklungswege vgl. Dieter Senghaas/Ulrich Menzel, Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a.M. 1986, S. 136f; Robert Wade, East Asia's Economic Success: Conflicting Perspectives, Partial Insights, Shaky Evidence, in: World Politics, 44 (Januar 1992), S. 270–285; Jean Drèze/Amartya Sen, India. Economic Development and Social Opportunity, Delhi 1996, S. 38–42.

³⁹ Michael von Hauff, Die steigende Verschuldung Indiens und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen, in: Internationales

Asienforum, 23 (1992) 3–4, S. 213–226.

⁴⁰ Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in den 80er Jahren und den Ursachen der Krise 1991 vgl. V. Joshi/I. M. D. Little, India: Macroeconomics and Political Economy 1964–1991, Washington 1994, S. 180–200.

⁴¹ Einen Überblick über die Reformen bieten Vijay Joshi/I. M. D. Little, India's Economic Reforms 1991–2001, Neu-Delhi 1996.

⁴² Economist Intelligence Unit, India, S. 1.

⁴³ Sridhar Krishnaswami, The Clock Won't Be Turned back: Sinha, in: The Hindu, 18.4.1998.

in parteinahen Organisationen zum Teil beträchtliche Widerstände gegen diesen Kurs gibt. So trat die BJP bei der Wahl 1998 mit dem *swadeshi*-Konzept an, um Teile der einheimischen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Wenngleich die BJP dieses Konzept nach ihrem Regierungsantritt wieder fallen ließ, wenden sich einflußreiche Gruppen wie die radikal hindu-nationalistische Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) weiterhin gegen eine allzu umfassende Liberalisierung.⁴⁴ Der Streit zwischen dem Gewerkschaftsflügel der BJP und Finanzminister Singh im Frühjahr 2001 um den Fortgang der Liberalisierung zeigt die Aktualität dieser Auseinandersetzung.⁴⁵

Nach zehn Jahren fällt die Bilanz der bisherigen Reformanstrengungen ambivalent aus. Zu den Erfolgen zählt unzweifelhaft, daß sich das Wachstum der indischen Wirtschaft deutlich erhöht hat. Zwischen 1992/93 und 2000/01 wuchs die indische Wirtschaft um durchschnittlich 6,5% pro Jahr. Mittlerweile weist Indien ähnlich konstant hohe Wachstumsraten auf wie die Staaten Südasiens. Selbst wenn das hochgesteckte Ziel von mindestens 7% Wirtschaftswachstum bislang nur in Ausnahmefällen erreicht wurde, hat sich die *Hindu rate of growth* dennoch fast verdoppelt. Zugleich sank das Bevölkerungswachstum, das zwischen 1981 und 1991 noch bei ca. 2,3% pro Jahr lag, auf einen Wert unter 1,7% für die Jahre nach 1997.⁴⁶ Auch die positiven Rahmenbedingungen für ausländische Investoren werden von offizieller Seite immer wieder betont, wie zum Beispiel das westliche Rechts- und Bildungssystem, die Verbreitung der englischen Sprache sowie das Potential an wissenschaftlich-technischem Personal, das sich an den internationalen Erfolgen indischer Softwareingenieure ersehen läßt.

Die ebenfalls positiv zu bewertende Stabilität der demokratischen Institutionen verweist zugleich auf die Herausforderungen, mit denen die Regierungen im Falle einer Fortsetzung der Liberalisierung konfrontiert sind. Die Reformen sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, an dem ihre Fortsetzung tiefe Einschnitte in lang gehegte Pfründe von Parteien und Interessengruppen bedeutet. Das Haushaltsdefizit beträgt mittlerweile fast 10% des BSP,⁴⁷ doch können

der Abbau von Subventionen, die Privatisierung maroder Unternehmen, die Reform der Arbeitsgesetzgebung und der Abbau der Bürokratie aufgrund der labilen politischen Mehrheiten der jeweiligen Regierungen nicht energisch genug vorangetrieben werden. Unrentable staatliche Betriebe wurden bislang nicht geschlossen, weil die Behörden entsprechende Genehmigungen aus sozialpolitischen Gründen verweigerten. Als Folge des stärkeren Wettbewerbs ist die Zahl der maroden Betriebe seit 1991 noch weiter angewachsen. Die Staatsbetriebe auf Landes- und Bundesebene gelten als Erbhöfe der Patronage. Eine Privatisierung scheidet folglich an vielfältigen politischen Widerständen, an der Furcht vor wachsender Arbeitslosigkeit und vor möglichen Belastungen für die staatlichen Banken als Hauptgläubigern der Betriebe. Die Verbreiterung der Steuerbasis ist ebenfalls problematisch. Aufgrund der niedrigen Einkommen sind die staatlichen Einkünfte aus der direkten Besteuerung gering, und an eine Besteuerung der Landwirtschaft, einem der wichtigsten Wirtschaftszweige, wagt sich angesichts der zu erwartenden politischen Widerstände keine Regierung.⁴⁸

Neben den Defiziten in fast allen Bereichen der Infrastruktur – vom Straßennetz über die Hafenanlagen bis hin zur Eisenbahn und der Energieversorgung, die sich nachteilig auf die Industrieproduktion auswirken – vertiefen sich durch die Liberalisierung auch die Unterschiede zwischen den Bundesstaaten.⁴⁹ Die ausländischen Direktinvestitionen konzentrieren sich in der Regel auf nur wenige, besser entwickelte Bundesstaaten: So entfielen zwischen 1991 und 1994 über 50% der Investitionen auf Delhi, Gujarat, Maharashtra und West-Bengalen.⁵⁰ Die Liberalisierung hat den Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten erhöht und zugleich den langjährigen Konflikt zwischen ihnen

Regierung das Defizit für 1998 mit 6,1% an, wohingegen der Internationale Währungsfonds unter Berücksichtigung der Bundesstaaten und der Staatsindustrie die Höhe des Defizits auf einen Wert zwischen 9 und 10% bezifferte; vgl. Sridhar Krishnaswami, *The Clock Won't Be Turned Back*: Sinha, in: *The Hindu*, 18.4.1998.

⁴⁸ Zu den Problemen der Liberalisierung vgl. Hans Christoph Rieger, *Stockt der wirtschaftliche Reformprozeß?*, in: Werner Draguhn (Hg.), *Indien 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1998, S. 217.

⁴⁹ Vgl. Dietmar Rothermund, *Regionale Disparitäten in Indien*, in: Werner Draguhn (Hg.), *Indien 1999. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1999, S. 273–287.

⁵⁰ Vgl. Ajai Chopra et al., *India: Economic Reform and Growth*, Washington 1995, S. 21.

⁴⁴ Vgl. Neena Vyas, *RSS to Attack Economic Policy*, in: *The Hindu*, 23.6.2000.

⁴⁵ Vgl. Alok Mukherjee, *Not Quitting*: Sinha, in: *The Hindu*, 10.5.2001.

⁴⁶ Vgl. *Tata Services, Statistical Outline of India 2000–2001*, Mumbai 2000, S. 28f.

⁴⁷ Aufgrund abweichender Berechnungsmethoden gab die

und der Zentralregierung in den Hintergrund gerückt. Dieser neue Wettbewerb dürfte ebenfalls dazu beitragen, daß die Politik der Liberalisierung fortgesetzt wird. Seit 1991 waren die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten ungeachtet ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit immer wieder bereit, Liberalisierungsmaßnahmen der Zentralregierung zu unterstützen, sofern sie sich von ihnen Vorteile für den eigenen Bundesstaat versprachen.⁵¹

Die Asienkrise vom Sommer 1997 traf die Indische Union in weit geringerem Ausmaß als die Staaten Südostasiens. Ursache hierfür war die bis dahin vergleichsweise schwache Integration Indiens in die internationalen Finanzstrukturen, die die negativen sozialen Konsequenzen der Krise im Vergleich zu Südostasien deutlich abmilderte.⁵² So sank zwar die indische Exportproduktion 1997/98 als Folge der Krise um fast 30%, doch fiel das gesamtwirtschaftliche Wachstum im selben Jahr nicht unter 5%,⁵³ während die Staaten Südostasiens zum Teil eine Kontraktion ihrer Volkswirtschaften und einen dramatischen Verfall ihrer Währungen mit entsprechenden sozialen Verwerfungen erleben mußten.

Die regionale Ebene: SAARC, SAPTA, SAFTA

Wirtschaftliche Fragen haben auf regionaler Ebene vor 1991 für Indien so gut wie keine Rolle gespielt. Die bilateralen Beziehungen hatten keinen nennenswerten Handel mit den Nachbarn zu Folge. Ausnahmen waren Nepal und Bhutan, die aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer politischen Abhängigkeit von Indien ihre Handelsbeziehungen hauptsächlich über die Indische Union abwickeln mußten. Die indische Entwicklungshilfe, die sich auf diese beiden Nachbarländer konzentrierte, war aber nicht dazu bestimmt, den regionalen Handel in Südasien zu fördern.⁵⁴ Die anfängliche Abhängigkeit Bangladeschs nach der indischen Intervention und der Unabhängigkeit 1971

⁵¹ Vgl. hierzu Rob *Jenkins*, *Democratic Politics and Economic Reform in India*, Cambridge 1999, S. 128–136.

⁵² Vgl. Christian *Wagner*, *Indien: Von der Krise unberührt, zum Wandel verdammt?*, in: Werner *Draguhn* (Hg.), *Asienkrise: Politik und Wirtschaft unter Reformdruck*, Hamburg 1999, S. 33–49; *Krise*, *Indien und die VR China in der Weltwirtschaft*, S. 295.

⁵³ Vgl. *Tata Services*, *Statistical Outline of India 2000–2001*, Mumbai 2000, S. 7.

⁵⁴ Zur indischen Entwicklungshilfe vgl. Citha D. *Maaß*, *Indien–Nepal–Sri Lanka. Süd–Süd-Beziehungen zwischen Symmetrie und Dependenz*, Wiesbaden 1982, S. 257–263.

hielt nur bis zum ersten Putsch der Militärs 1975 an, die sich in der Folge von Indien abwandten und dem Westen öffneten. Obwohl Nehru und alle Premierminister nach ihm immer wieder die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern propagierten und mit dem Colombo-Plan und der Blockfreien-Bewegung maßgeblich an der Gründung regionaler und internationaler Organisationen beteiligt waren, kam der vielbeschworene Süd-Süd-Handel weder auf internationaler noch auf regionaler Ebene richtig in Gang.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der 1985 gegründeten South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) nur schleppend.⁵⁵ Erst 1991 wurde auf Initiative Indiens und Sri Lankas eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Pläne für eine Handelsliberalisierung zwischen den SAARC-Staaten ausarbeitete. 1993 legte sie ihren Bericht vor, der Ausgangspunkt für erste Gespräche wurde. Im Dezember 1995 verabschiedeten die SAARC-Staaten das SAARC Preferential Trading Arrangement (SAPTA), das zunächst Einfuhrerleichterungen für nur 226 Produkte vorsah, deren Zahl jedoch in weiteren Verhandlungen heraufgesetzt wurde. Der wirtschaftliche Nutzen von SAPTA für den regionalen Handelsaustausch wird, nach den Erfahrungen vergleichbarer Regionalorganisationen, gering bleiben. Der Erfolg des Abkommens liegt denn auch weniger im ökonomischen als im politischen Bereich. Zum ersten Mal hatten sich die SAARC-Staaten auf ein gemeinsames Wirtschaftsabkommen verständigt, wobei vor allem in Pakistan beträchtliche innenpolitische Widerstände zu überwinden waren. Neben den bekannten politischen Vorbehalten bezüglich Kaschmirs gab es zahlreiche Bedenken, daß indische Firmen die Wirtschaft des Landes dominieren könnten.

SAPTA ist ein Signal an die internationale Gemeinschaft, daß die Staaten der SAARC den Prozeß der Weltmarktintegration fortsetzen werden. Besonders Indien ist mittlerweile zur treibenden Kraft bei der Fortsetzung und dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geworden. Auf dem SAARC-Gipfel in Malé 1997 war es dem Drängen des indischen Premierministers Gujral zu verdanken, daß sich die Teilnehmer auf die Gründung einer SAARC Free Trade Area (SAFTA) bis zum Jahr 2001 verständigten. Selbst wenn diese Ziele im vorgegebenen Zeitrahmen

⁵⁵ Zur Entstehung, Entwicklung der SAARC und zum Vergleich mit der ASEAN vgl. Jörn *Dosch*/Christian *Wagner*, *ASEAN und SAARC: Entwicklung und Perspektiven regionaler Zusammenarbeit in Asien*, Hamburg 1999.

verfehlt und entsprechend korrigiert wurden, zeigten sie dennoch die vermehrte Aufmerksamkeit vor allem indischer Regierungen für Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ebenfalls in diese Richtung wiesen bilaterale Wirtschaftsabkommen, beispielsweise das im Dezember 1998 zwischen Indien und Sri Lanka unterzeichnete Freihandelsabkommen, das deren wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter vertiefen soll.⁵⁶

Die internationale Ebene: Von *self-reliance* zur Weltmarktintegration

Wenngleich Indien keine mit den ost- und südostasiatischen Tigerstaaten vergleichbare Exportstrategie verfolgte, hatte es sich seit Nehru doch immer als Fürsprecher auch der wirtschaftlichen Interessen der Staaten der Dritten Welt verstanden. Vor allem im Rahmen der VN war Indien maßgeblich an der Bildung der G 77 beteiligt, die ein Gegengewicht zu den Industrienationen bilden sollte. Darüber hinaus prägte Indira Gandhi in den 70er und 80er Jahren die entwicklungspolitischen Debatten über die Bildung einer neuen Weltwirtschafts- und Weltinformationsordnung, in der die Interessen der Entwicklungsländer stärker Berücksichtigung finden sollten, entscheidend mit. Konkrete Schritte und Signale, wie das anfängliche Interesse Indiens an einer Mitwirkung in der 1967 gegründeten ASEAN, brachten jedoch keine greifbaren Ergebnisse, da die Staaten Südostasiens unter anderem wegen des Kaschmirkonflikts nicht bereit waren, Indien aufzunehmen.⁵⁷

Erst mit der Liberalisierung setzte die Regierung auf die Integration in den Weltmarkt sowie eine stärkere Exportförderung und warb um ausländische Direktinvestitionen. Das neue Selbstverständnis Indiens als wirtschaftlich aufstrebende Macht kam unter anderem in den Auftritten von Premierminister Rao auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zum Ausdruck. Der Wandel ließ sich aber auch an der Zusammensetzung der Delegationen ablesen, die den Premierminister auf seinen Auslandsreisen begleiteten: Im Vergleich zur Zeit vor 1991 waren in ihnen mehr Wirtschaftsvertreter und Unternehmer zu finden.⁵⁸

⁵⁶ Vgl. *ohne Autor*, India, Sri Lanka Sign Free Trade Pact, in: *The Hindu*, 3.2.2000.

⁵⁷ Vgl. Kripa Sridharan, *The ASEAN Region in India's Foreign Policy*, Dartmouth 1996, S. 50.

⁵⁸ Baladas Ghoshal, *Linkage between Domestic Politics and Foreign Policy: The Case of India*, in: *ders.* (Hg.), *Diplomacy and Domestic Politics in South Asia*, Neu-Delhi 1996, S. 44f.

Trotz aller Anstrengungen und immer neuer Programme zur Ankurbelung der Exporte⁵⁹ konnte Indien seinen Anteil am Welthandel bislang kaum erhöhen. Er stieg in der Zeit zwischen 1990 und 1997 lediglich von 0,5% auf 0,6%.⁶⁰ Wie stark Indien im internationalen Kontext noch um Vertrauen ringen muß, zeigen die ausländischen Direktinvestitionen. Zwischen 1993 und 1998 entfielen nur 1,4% aller Direktinvestitionen auf Indien, das damit Rang 17 belegte, gleichauf mit Ländern wie Vietnam und Peru. Im selben Zeitraum gingen 25,7% aller Direktinvestitionen nach China, und selbst südostasiatische Staaten wie Malaysia und Indonesien konnten immerhin 3,7 bzw. 2,2% der weltweit getätigten Direktinvestitionen ins Land holen.⁶¹

Nachdem die Bewegung der Blockfreien Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges merklich an internationaler Bedeutung eingebüßt hat, war Indien maßgebend an der 1989 neugeschaffenen G 15 beteiligt. Mit der G 15 streben die wichtigsten Entwicklungsländer eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber den Industrienationen an, um Probleme wie Verschuldung oder die Folgen der Globalisierung zu erörtern. In der 1999 in Berlin gegründeten G 20, in der die Finanzminister und Notenbankchefs der G 8, die EU und wichtige Entwicklungsländer vertreten sind, ist Indien ebenfalls Mitglied, was sein Interesse an einem stabilen internationalen Finanz- und Währungssystem unterstreicht. Die Einladung Indiens und anderer Entwicklungsländer zu Gesprächen anlässlich des Gipfeltreffens der G 8 in Genua läßt ebenfalls die gewachsene internationale Rolle des Landes erkennen.

Seit 1995 ist Indien Mitglied der WTO und als solches deren Prinzipien, Verfahren und Sanktionen unterworfen.⁶² Wie bereits im Rahmen des GATT fordert Indien auch in der WTO den Abbau von Einfuhrbeschränkungen und Agrarsubventionen in den Industriestaaten, um einen besseren Marktzugang bzw. eine höhere Konkurrenzfähigkeit für seine Produkte zu erreichen. Auf der WTO-Ministertagung

⁵⁹ Zu den verschiedenen Initiativen der Regierung vgl. *ohne Autor*, *Industry Seeks Radical Steps to Boost Exports*, in: *The Hindu*, 15.4.1998; *ohne Autor*, *More Measures to Boost Exports*, in: *The Hindu*, 17.9.1998; *ohne Autor*, *Sinha Announces More Steps to Boost Growth*, in: *The Hindu*, 26.10.1998.

⁶⁰ Vgl. *Tata Services*, *Statistical Outline of India 2000–2001*, Mumbai 2000, S. 84.

⁶¹ Alle Zahlen stammen aus *United Nations Conference on Trade and Development*, *World Investment Report 2000. Cross Border Mergers and Acquisitions and Development*, New York/Genf 2000, S. 23.

⁶² Zur indischen Position in diesen Fragen vgl. <http://www.indianembassy.org/policy/WTO/overview.html>.

in Seattle sprach sich der indische Handelsminister Maran noch einmal explizit gegen die Einbeziehung der Themen Umwelt und Arbeit in die WTO-Agenda aus.⁶³ Indien fürchtet davon einen neuen Protektionismus der Industriestaaten und weitere Wettbewerbsnachteile.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration in den Weltmarkt war die Aufhebung des Systems mengenmäßiger Beschränkungen der Einfuhr bestimmter Produkte nach Indien im April 2001.⁶⁴ Vorangegangen war ein seit 1997 schwelender Streit zwischen Indien und den USA, die eine stärkere Öffnung des indischen Marktes für Produkte unter anderem aus dem Textil-, Agrar- und Konsumgüterbereich gefordert hatten. Die Auseinandersetzung war durch ein Schlichtungsverfahren der WTO beigelegt worden, deren Entscheidung Indien damit umsetzte. Wenngleich es versuchte, neue Vorschriften zur Einfuhrbeschränkung zu erlassen, wird der Wegfall der quantitativen Beschränkungen den Druck auf Teile der indischen Industrie und auf die Landwirtschaft erhöhen, was nicht ohne innenpolitische Folgen bleiben dürfte.

Seit Anfang der 90er Jahre hat Indien seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südasiens deutlich ausgebaut, ohne aber bislang Mitglied in der APEC oder ASEM zu sein. Indiens Unverständnis, im Gegensatz etwa zu Rußland in der APEC nicht berücksichtigt zu werden, kam in dem Statement des damaligen Finanzministers Chidambaram zum Ausdruck: »APEC without India is like Hamlet without the Prince of Denmark«. ⁶⁵ Ebenfalls erfolglos blieben die indischen Bemühungen um eine Teilnahme an den seit 1996 abgehaltenen ASEM-Treffen. Angesichts seiner wirtschaftlichen Reformen und Erfolge sieht sich Indien als »dynamische regionale Wirtschaft, ohne deren Teilnahme ASEM unvollständig wäre.«⁶⁶ Asiatische Staaten wie Korea und

Singapur, aber auch die Europäer, darunter die Bundesrepublik Deutschland, haben sich für einen Beitritt Indiens zur ASEM ausgesprochen.⁶⁷ Beim ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und Indien im Juni 2000 warb Premierminister Vajpayee bei der EU auch um eine Aufnahme Indiens in die ASEM.⁶⁸ Indien fehlt als wichtiger Teil Asiens bislang in beiden Institutionen, und zugleich fehlen Indien diese multilateralen Foren für die Umsetzung seiner außen- und wirtschaftspolitischen Interessen.

Zusammenfassung

Die Liberalisierung hat mittlerweile das Wirtschaftswachstum deutlich erhöht. Erfolge etwa bei der Armutsbekämpfung und der Verbesserung der Infrastruktur stehen aber noch aus. Im regionalen Rahmen konnte mit SAPTA erstmals eine Vereinbarung erzielt werden, die langfristig das Interesse aller Staaten der SAARC an einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die seit 1991 auch im ureigensten Interesse Indiens liegt, aufrechterhalten sollte. Im internationalen Kontext sind die Folgen der alten Wirtschaftspolitik noch am ehesten zu spüren, wie die vergleichsweise geringen Direktinvestitionen oder die bislang nur unbefriedigende Einbindung Indiens in multilaterale Foren zeigen. Zwei Aspekte sprechen für eine Fortsetzung der »vorsichtigen« Liberalisierung: Erstens fehlen die politischen Mehrheiten für tiefgreifende Reformen, zweitens blieben die Folgen der Asienkrise für Indien aufgrund seiner nur schwachen Weltmarktintegration gering.

⁶³ Vgl. Rammanohar C. Reddy, Remove WTO Imbalances: India, in: The Hindu, 2.12.1999.

⁶⁴ Vgl. George Iype, Indian Industry Braces for WTO Regime with the Lifting of QRs..., in: <http://www.rediff.com/money/2001/mar/29wto.htm>.

⁶⁵ Zitiert in: Marika Vicziany, Inquiry into Nuclear Tests by India and Pakistan, Submission to the References Committee Australian Senate Foreign Affairs, Defence and Trade References Committee, The Australian Parliament, Parliament House Canberra Act 2600 (<http://www.fas.org/news/india/1998/09/980900-inq.htm>).

⁶⁶ Vgl. hierzu die Ausführungen der indischen Botschaft in Washington in: http://www.indianembassy.org/policy/Foreign_Policy/IER.htm.

⁶⁷ Vgl. die Gespräche des ehemaligen Außenministers Kinkel während seiner Indienreise im Januar 1997, in: <http://www.germanembassy-india.org/news/march97/kinkel.htm>.

⁶⁸ Vgl. ohne Autor, PM to Attend Indo-EU Meet, in: The Tribune, 23.6.2000.

Die gesellschaftliche Dimension der Globalisierung

Nationale Ebene: Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen

Globalisierung bedeutet auch das »Handeln und (Zusammen-)Leben über Entfernungen (scheinbar getrennte Welten von Nationalstaaten, Religionen, Regionen, Kontinenten) hinweg.«⁶⁹ Die Folgen der technologischen Errungenschaften des Informationszeitalters sind auch in Indien wahrzunehmen. Parteien und Politiker, religiöse und fundamentalistische Organisationen sowie Gurus aller Art nutzen mittlerweile moderne Kommunikationsmedien und sind im virtuellen Raum präsent. Allerdings zeigt die alltägliche Erfahrung, daß trotz aller Erfolge im Hard- und Softwarebereich unzureichende Bildungseinrichtungen, fehlende Gesundheitsfürsorge und eine hoffnungslos überalterte Infrastruktur für die Mehrheit der indischen Bevölkerung noch immer bestimmend sind.

Den Verfechtern des indischen Entwicklungsmodells ist es nicht gelungen, im Verlauf von fünfzig Jahren staatliche Grundfunktionen wie Recht und Ordnung oder eine soziale Grundsicherung für die Bürger bereitzustellen. Dies hat soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf den Plan gerufen: Soziale Bewegungen treten für eine umfassende soziale Besserstellung einer Gruppe, etwa der Unberührbaren (Dalits), ein, während NRO stärker auf die Beseitigung bestimmter Mißstände orientiert sind und sich zum Beispiel im Kampf gegen Kinderarbeit oder bei der Verbesserung des Umweltschutzes engagieren. Beide Gruppen agieren zunächst außerhalb der etablierten Parteien, was aber eine Parteigründung oder Formen der Zusammenarbeit mit bestehenden Parteien nicht ausschließen muß.

Vor allem im entwicklungspolitischen Bereich haben soziale Bewegungen und NRO zunehmend an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt dank moderner Informationstechnologie. Eines der bekanntesten Beispiele ist die Narmada Bachao Andolan (NBA), ein Zusammenschluß lokaler NRO, die seit 1983 gegen die Umsiedlungen und Vertreibungen im Zuge des Sardar-Sarovar-Damm-Projekts am Narmada-Fluß im indi-

schen Bundesstaat Gujarat protestierten. Seit 1984 engagierte sich Oxfam/Großbritannien in einer zunächst lokalen Kampagne. Die Initiative entwickelte sich zur International Narmada Campaign, an der sich internationale NRO wie Friends of the Earth beteiligten. Damit eröffneten sich Vertretern der NBA neue Möglichkeiten, ihre kritischen Ansichten über das Projekt etwa vor dem US-Kongreß oder in der Weltbank zu äußern. Sie konnten dadurch eine Teilrevision des ursprünglichen Vorhabens erreichen, da Mitglieder der internationalen Gebergemeinschaft ihre Mittelvergabe entsprechend abänderten.

Eine Übersicht über die sozialen Bewegungen und NRO erscheint angesichts ihrer Vielfalt und der Größe des Landes kaum möglich. Dabei sind international bekannte NRO wie die Self-Employed Women's Association (SEWA) längst Zielgruppen westlicher Entwicklungshilfeorganisationen. Auch die einschlägigen Datenbanken über indische NRO im Internet dürften nur Segmente der Themenpalette vermitteln, die von *accounting/auditing/legal service* bis hin zu *women/gender issues and rights* reicht.⁷⁰ Die positiven Seiten dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen in Indien, die zum Beispiel in der stärkeren Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik, der Pressefreiheit oder der Verurteilung hochrangiger Politiker wegen Korruption zum Ausdruck kommen, sind im Human Development Report 2000 gewürdigt worden.

Der mit der Globalisierung beschleunigte soziale Wandel hat auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land vertieft. Indien zählt bislang zu den wenigen Entwicklungsländern mit einer vergleichsweise geringen Urbanisierungsrate von unter 30%. Die neue Mittelklasse ist ein überwiegend städtisches Phänomen, wie sich auch anhand der Verteilung von Konsumgütern ablesen läßt. Während 252 (von 1000) städtische Haushalte mittlerweile einen Kühlschrank besitzen, sind es in den ländlichen Gebieten lediglich 20 (von 1000).⁷¹

⁷⁰ Vgl. die Übersicht: http://www.cafonline.org/cafindia/i_search.cfm. Weitere Datenbanken und Informationen zu NRO in Indien finden sich u.a. http://www.braintrustindia.com/directory_databases/NGO_India sowie im Indian Development Information Network: <http://www.indev.org>.

⁷¹ Vgl. Pamela Shurmer-Smith, India. Globalization and Change, London 2000, S. 28.

⁶⁹ Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt a.M. 1997, S. 45 (Hervorhebung im Original).

Unterschiedliche Abgrenzungskriterien erklären die oft widersprüchlichen Angaben über den Umfang und Anteil der Mittelklasse, die zwischen 10 bis 40% der indischen Gesellschaft schwanken.

Die Veränderungen in der Parteienlandschaft durch diese neue Mittelklasse wurden bereits erörtert. Wenn gleich hindu-nationalistische Strömungen seit jeher einen Platz im indischen Parteiengefüge hatten, sind sie doch erst in den 90er Jahren mit der BJP regierungsfähig geworden und haben über radikale Gruppierungen wie den Hindu-Weltrat (Vishwa Hindu Parishad, VHP) und die RSS eine breitere gesellschaftliche Basis bekommen. Richtete sich die Agitation gegen die Moschee in Ayodhya seit Mitte der 80er Jahre noch gegen die muslimische Minderheit, manifestierte sich in den Protesten unter anderem gegen die amerikanische Imbißkette Kentucky Fried Chicken in Neu-Delhi 1996, den Demonstrationen gegen die Miss-World-Wahl 1997 in Bangalore sowie den zahlreichen Angriffen auf Christen seit 1998 der Widerstand solcher Gruppen gegen Symbole und Vertreter eines ›westlichen Kulturimperialismus‹. Daß solche Gruppierungen durch moderne Medien auch international vertreten sind und unter anderem in den USA gezielt um Mitglieder werben, zeigt ihren transnationalen Vernetzungsgrad und damit ihre neuen Möglichkeiten, außenpolitisches Handeln in Indien oder in anderen Staaten zu beeinflussen.

Die regionale Ebene: Arbeitsmigration und Terrorismus

Es gehört zu den Besonderheiten des Globalisierungsprozesses, daß Unterscheidungen wie die zwischen der nationalen und der internationalen Ebene zunehmend an Bedeutung verlieren. Die damit verbundenen außenpolitischen Herausforderungen lassen sich anhand der grenzüberschreitenden Migration und des Terrorismus veranschaulichen.

Neben einer ausgeprägten innerindischen Arbeitsmigration gibt es auch eine grenzüberschreitende Zuwanderung vor allem aus Nepal und Bangladesch. Das Ausmaß dieser Migration ist weitgehend unklar, da beide Zuwanderergruppen Aufnahme in die nepali- bzw. bengalischsprachigen *communities* in Indien finden. Die an Bangladesch angrenzenden Bundesstaatsdistrikte verzeichnen seit Jahren ein deutlich höheres Wachstum der muslimischen Bevölkerung, das weniger auf die höhere Geburtenrate als vielmehr auf die Zuwanderung muslimischer Bangladescher zurückzuführen

ist. Diese unkontrollierte Zuwanderung führte bereits in den 80er Jahren im Bundesstaat Assam zu schweren Unruhen und Pogromen gegen die Einwanderer aus Bangladesch. Die offene Grenze zwischen Indien und Nepal hat in den 90er Jahren auf nepalesischer Seite Befürchtungen vor einer Überfremdung der an Indien angrenzenden Terai-Region aufkommen lassen. Die Versuche der Regierung in Kathmandu, spezielle Arbeitsgenehmigungen für indische Staatsbürger einzuführen, hat wiederum die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und dem Himalaya-Königreich belastet.

Ein wesentlich gravierenderes Problem im regionalen Rahmen stellt der grenzüberschreitende Terrorismus dar. Die Unterstützung bewaffneter Gruppen durch staatliche Einrichtungen in den Nachbarländern hat in Südasien eine lange Tradition, an deren Entstehung auch Indien nicht unbeteiligt war. Anfang der 70er Jahre unterstützte Indira Gandhi die ostpakistanischen Mukti Bahini (Freiheitskämpfer) in ihrem Kampf gegen die westpakistanische Regierung. Zu Beginn der 80er Jahre bildete der indische Geheimdienst Research and Analysis Wing (RAW) tamilische Guerillagruppen, die zum Teil auch politischen Rückhalt bei den Landesregierungen im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu fanden, für ihren Kampf gegen die Regierung in Colombo aus. Bewaffnete Aufstandsbewegungen in den Chittagong Hill Tracts in Bangladesch verfügten ebenfalls über Nachschub- und Ausbildungslager in den benachbarten indischen Bundesstaaten.

Indien ist besonders in Kaschmir und in seinen nordöstlichen Bundesstaaten mit bewaffneten Aufstandsbewegungen konfrontiert. Kaschmirische Guerillagruppen operieren vom pakistanisch besetzten Teil Kaschmirs aus in Indien und werden dabei von pakistanischer Seite, beispielsweise Teilen der Armee und der Geheimdienste, militärisch, finanziell und logistisch unterstützt. Allerdings nutzen diese Gruppen auch zunehmend Nachbarländer wie Nepal und Bangladesch für ihre Aktionen, was zuletzt bei der Entführung eines indischen Verkehrsflugzeugs zur Jahreswende 1999/2000 deutlich wurde, das sich auf dem Weg von Kathmandu nach Neu-Delhi befand.

In den nordöstlichen Bundesstaaten operieren verschiedene Guerillagruppen, deren Rückzugsgebiete sich in Myanmar und Bangladesch befinden. Fragen des Terrorismus erhalten in den bilateralen Beziehungen zunehmend an Gewicht. Der Kampf gegen separatistische Gruppen im Nordosten Indiens war eines der Motive für die Annäherung an Myanmar seit Mitte der

90er Jahre. Die im März 2001 eröffnete India-Myanmar Friendship Road verbindet den nordöstlichen Bundesstaat Manipur mit Mandalay, der zweitgrößten Stadt Myanmars. Die Straße, bereits 1993 geplant, wurde vollständig vom indischen Außenministerium finanziert und von indischen Arbeitern fertiggestellt.⁷² Neben Wirtschaftsaustausch sollen damit auch Truppenbewegungen für den Einsatz gegen die in Assam operierende United Liberation Front of Asom (UFLA) erleichtert werden, die enge Verbindungen zu Guerillagruppen in Myanmar wie der Karen National Union (KNU) und der Arakan Liberation Party unterhält.⁷³

Unabhängig von staatlicher Unterstützung haben militante Gruppen ihre eigenen Netzwerke aufgebaut, die sich unter anderem über den Drogen- und Waffenhandel finanzieren. Medienberichte weisen auf immer neue Querverbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen hin, etwa den tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und der UFLA. Die maoistische Aufstandsbewegung in den westlichen Landesteilen von Nepal soll wiederum über enge Verbindungen zu bewaffneten maoistischen Gruppen in Indien wie der People's War Group (PWG) verfügen. Neben den militärischen Auseinandersetzungen nutzen diese Gruppen zum Teil auch ihre internationalen Verbindungen, um in den Hauptstädten der westlichen Welt politisch für ihre Anliegen einzutreten.

Da der Terrorismus für alle Staaten eine Bedrohung darstellt, wurde bereits 1987 auf dem SAARC-Gipfel in Kathmandu die SAARC Regional Convention on Suppression of Terrorism verabschiedet. Die Konvention trat 1988 in Kraft, ein SAARC Terrorist Offences Monitoring Desk (STOMD) in Colombo wurde eingerichtet. Nicht zuletzt weil militante Gruppen politisch instrumentalisiert werden, gibt es insgesamt jedoch kaum eine staatenübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terror.

Die internationale Ebene: Die Non-Resident Indians

Die Ausführungen zum Narmada-Projekt haben gezeigt, daß viele nationale NRO ihre Ziele kaum noch ohne die Mitwirkung internationaler bzw. transnationaler Akteure erreichen können. Mit den sogenannten

⁷² Vgl. Amit Baruah, The Roads to Myanmar, in: Frontline, 3.-16.3.2001.

⁷³ Vgl. ohne Autor, India for 'Pragmatic' Ties with Myanmar, in: The Hindu, 3.3.1999.

Non Resident Indians (NRI) soll nun eine Gruppe betrachtet werden, die in den letzten Jahren außenpolitisch besonders im Verhältnis zu den USA an Bedeutung gewonnen hat. In Reaktion auf die wachsenden transnationalen Verflechtungen hat Neu-Delhi mittlerweile die indischen Minderheiten im Ausland als Instrument eigener Interessen entdeckt: »The six million Indian Citizens and an estimated 14 million People of Indian Origin (PIO) resident abroad have been playing an increasingly important role for the furtherance of India's foreign policy.«⁷⁴

Als Folge der gezielten Einwanderungspolitik der USA fanden gut ausgebildete indische Einwanderer seit den 80er Jahren Zugang zu den renommierten und aufstrebenden Wirtschaftssektoren in den USA und profitierten überdurchschnittlich vom nachfolgenden Technologie- und Computerboom. Im Jahr 2000 zählten zu den NRI ca. 1,6 Millionen Menschen, die sich vor allem in den großen Städten und Wirtschaftszentren niedergelassen haben.⁷⁵ Daß »die Hälfte von Silicon Valley den Indern gehöre«, ist das umgangssprachliche Resümee der amerikanischen Politik, das sich statistisch im ökonomischen Erfolg der indischen *community* niedergeschlagen hat. Anfang der 90er Jahre war sie die wohlhabendste aller nicht-weißen Minderheiten in den USA.

Der wirtschaftliche Erfolg begann sich auch zunehmend in politischen Einfluß umzusetzen. Durch Organisationen wie das Network of South Asian Professionals (NETSAP), das India Abroad Centre for Political Awareness (IACPA) oder die Indo-American Political Foundation versuchen die indo-amerikanischen Einwanderer, ihren Einfluß auf die amerikanischen Parteien und Abgeordneten geltend zu machen. Die Einrichtung eines eigenen *Indian caucus* im US-Kongreß 1993 hatte sowohl die Anliegen der NRI als auch die Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen zum Ziel. Der *caucus* hat mittlerweile mehr als einhundert Mitglieder, mehrheitlich Demokraten.⁷⁶ Wie die meisten eingewanderten Minderheiten

⁷⁴ Government of India, Ministry of External Affairs, Annual Report 2000-2001, Neu-Delhi 2001, S. 132.

⁷⁵ Zu den Zahlenangaben und der Verteilung der NRI in den USA vgl. <http://www.nrilinks.com/usa/indians/default.asp> (31.7.2001).

⁷⁶ Zur Entwicklung des *Congressional Caucus on India and Indian Americans* vgl. Neil Parekh, Community Must Ask More of Caucus, in: News India-Times, 25.2.2000 (<http://www.indiatogether.org/us/caucus/parekh-caucus.html>); K. Diwanji Amberish, The India Caucus Still Has a Long Distance to Go, in: Rediff, 18.9.2000 (<http://www.indiatogether.org/us/caucus/rediff-caucus.html>).

standen auch die NRI politisch der Demokratischen Partei nahe. Sie unterstützten neben anderen Al Gore im Präsidentschaftswahlkampf 2000 mit drei Mio. US-Dollar und Hillary Clinton bei ihrem erfolgreichen Kampf um das Senatorenamt im Staat New York im selben Jahr mit einer Mio. US-Dollar.⁷⁷ In den letzten Jahren haben aber Teile der NRI auch verstärkt Kandidaten der Republikaner durch Spenden unterstützt. Die Lobbyarbeit der NRI umfaßt unter anderem das gezielte Anschreiben einzelner Abgeordneten bei indien-spezifischen Themen sowie die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens von US-Kongreßabgeordneten zu indienrelevanten Fragen in den verschiedenen Ausschüssen.⁷⁸ Das Wirken der NRI und des *Indian caucus* hat maßgeblich zur Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen Ende der 90er Jahre beigetragen.

Der Einfluß der indischen Gemeinschaft schlägt sich auch in der Universitäts- und Forschungslandschaft nieder. Die Kinder der Einwanderergeneration drängen mittlerweile an die Universitäten, belegen renommierte Fächer wie Medizin, Recht, Informatik, nutzen aber auch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Lehrangebote der South Asia Departments. Die zusätzliche Nachfrage erlaubt es wiederum den Südasiens-Abteilungen, ihre Lehr- und Forschungsaktivitäten auszuweiten. Die Stiftung von Lehrstühlen durch Spenden lokaler indischer *communities*, zum Beispiel in Berkeley, zeugt für den ökonomischen Wohlstand, aber auch den wachsenden (bildungs-) politischen Einfluß der indischen Einwanderer. Schließlich haben auch die indischen Nukleartests eine intensivere wissenschaftliche Beschäftigung mit Indien und Südasiens in den einschlägigen amerikanischen *Think Tanks* zur Folge gehabt.⁷⁹

Zusammenfassung

Im Vergleich zu Politik und Wirtschaft sind die Folgen der Liberalisierung im gesellschaftlichen Bereich weniger ausgeprägt, da sich Indien von Anfang an als ›offene‹ Gesellschaft verstanden hat. Allerdings

formieren sich mittlerweile auch, wie in anderen Staaten, wachsende Widerstände und Proteste gegen eine Zunahme der ›Verwestlichung‹. Sie nehmen beispielsweise mit Übergriffen auf Christen Formen an, die es zuvor nicht gab. Die wachsenden transnationalen Verflechtungen stellen eine neue Herausforderung für die Außenpolitik dar, da viele gesellschaftliche Anliegen nicht mehr nur im lokalen oder nationalen, sondern jetzt auch im internationalen Kontext verhandelt werden. Die weitaus größte Herausforderung geht vom grenzüberschreitenden Terrorismus aus. Gerade hier ist eine stärkere Zusammenarbeit gefordert, da nationale Auseinandersetzungen, wie die Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, oft regionale und internationale Krisen zur Folge hatten.

⁷⁷ Vgl. Nina Kohli-Laven, The Gore Gamble, in: Outlook, 27.11.2000, S. 37f.

⁷⁸ Das namentliche Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses zur Kargil-Krise 1999 ist z.B. unter <http://www.indiatogether.org/us/record/kargil.htm> nachzulesen.

⁷⁹ Interviews des Verfassers in Washington und Baltimore im September 1999.

Ausblick: Globalisierung und Außenpolitik in Indien

Viele der hier genannten Entwicklungen waren bereits in den 80er Jahren zu beobachten. Dennoch kann 1991 als Zäsur in der indischen Politik verstanden werden. Die Liberalisierung markiert einen Politikwechsel, der aufgrund der breiten Zustimmung unter den größten Parteien unumkehrbar sein dürfte.

Über die indischen Großmachtambitionen, den Wunsch nach Gleichberechtigung mit China, die Forderung nach einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat und die Ablehnung des NVV besteht ein parteiübergreifender Grundkonsens. Während sicherheitspolitische Entscheidungen beispielsweise über Atomtests wie bisher nur im kleinen Kreis gefällt werden, ist durch die Liberalisierung und Weltmarktintegration die internationale Verflechtung größer und der außenpolitische Entscheidungsprozeß komplexer geworden. Neben den Interessen der Koalitionspartner müssen jetzt auch die Belange der Bundesstaaten sowie die Anliegen gesellschaftlicher Gruppen wie Unternehmer und Gewerkschaften stärker berücksichtigt werden als zuvor.

Im regionalen Kontext hat Indien seine lange Zeit konfliktbeladenen Beziehungen zu den Nachbarn deutlich verbessert. Im Dauerkonflikt mit Pakistan zeigten indische Offerten wie die Feuerpause in Kaschmir Ende 2000 oder das Gipfeltreffen in Agra im Juli 2001, daß Indien Interesse an einem stabilen Pakistan hat. Eine Destabilisierung Pakistans hätte unabsehbare politische Folgen für Indien und würde zugleich die Attraktivität Indiens und Südasiens für ausländische Direktinvestitionen verringern. Den außenpolitischen Entscheidungsträgern in Neu-Delhi ist eines deutlich geworden: Ihre Großmachtambitionen werden nicht ohne gute Beziehungen zu den Nachbarn zu verwirklichen sein. Der Weg zum ständigen Sitz im Sicherheitsrat in New York wird über Colombo, Dhaka, Kathmandu und Islamabad führen.

Im internationalen Kontext fällt vor allem die Annäherung an die USA und an China auf. Indien teilt inzwischen mit beiden Staaten eine Reihe wichtiger sicherheitspolitischer Gemeinsamkeiten. So wenden sich Indien und China gegen einen westlichen Unilateralismus und propagieren statt dessen eine multipolare bzw. polyzentrische Struktur des internationalen Systems. Indien und die USA wiederum gründen

ihre Kooperation auf ihre demokratischen Ideale und streben eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Indischen Ozean und in der Golfregion an. Die deutlich verbesserten Beziehungen zu den USA und China zeigen trotz aller bestehenden Probleme, wie sehr Indien in den letzten zehn Jahren international an Bedeutung gewonnen hat.

Wenngleich Indien seit 1991 beansprucht, eine wirtschaftliche Großmacht zu sein, sind seine Defizite auf diesem Gebiet am auffälligsten. Zwar hat sich die wirtschaftliche Entwicklung verbessert, doch der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Armut läßt weiter auf sich warten. Auch wenn die Liberalisierung unumkehrbar erscheint, fehlt ihr, bedingt durch die schwachen bzw. wechselnden parlamentarischen Mehrheiten, doch die Kraft für einschneidende Reformen, zum Beispiel bei der Privatisierung der Staatsbetriebe. Im südasiatischen Rahmen zählt Indien mittlerweile zu den vehementesten Befürwortern einer weiteren Liberalisierung. In den Nachbarstaaten bestehen jedoch vereinzelt Vorbehalte, da sie eine Dominanz indischer Firmen in der einheimischen Wirtschaft fürchten. Indien ist für ausländische Direktinvestitionen weniger attraktiv als beispielsweise China. Zudem hat es bislang keinen Zugang zu den wichtigen multilateralen Gremien in Asien wie APEC oder ASEM, die im Zeitalter der Globalisierung eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Koordination staatlicher Politik spielen.

Im nationalen Rahmen nutzen soziale Bewegungen und NRO ihre transnationalen Verbindungen zunehmend, um Indiens staatliche Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Im südasiatischen Kontext bleibt insbesondere die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus die zentrale Herausforderung für die Außenpolitik. Sie ist um so ernster, als separatistische Gruppen mit ihren Forderungen die staatliche Einheit bedrohen. Zugleich versucht die indische Außenpolitik aber auch, die sich aus der Globalisierung ergebenden neuen Chancen für sich zu nutzen, indem sie zum Beispiel zielgerichtet die NRI umwirbt, um sie für die Vertretung indischer Interessen im Ausland einzuspannen.

Die praktische Umsetzung der indischen Außenpolitik nach 1991 ist trotz Kontinuität in Grundsatz-

fragen, zum Beispiel ihrem Großmachtanspruch, unter den Bedingungen der Globalisierung wechselhafter geworden. Selbst wenn außenpolitische Fragen in Wahlkämpfen weiterhin nur eine geringe Rolle spielen, werden die jeweiligen Regierungskonstellationen, in denen unterschiedliche parteipolitische Interessen und Prioritäten auszugleichen sind, das außenpolitische Verhalten weitaus stärker prägen als zuvor.

SEWA	Self-Employed Women's Association
STOMD	SAARC Terrorist Offences Monitoring Desk
UFLA	Liberation Front of Asom
VHP	Vishwa Hindu Parishad (»Weltrat der Hindus«)
VN	Vereinte Nationen
VR	Volksrepublik
WTO	World Trade Organisation

Abkürzungsverzeichnis

APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association for Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meeting
BIMSTEC	Bangladesh, India, Myanmar, Sri Lanka and Thailand Economic Cooperation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJP	Bharatiya Janata Party (»Indische Volkspartei«)
BJS	Bharatiya Jana Sangh
CPI/M	Communist Party of India/Marxist
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
G 8	Gruppe der acht führenden Industriestaaten
G 20	Gruppe der 20 (Finanzminister und Notenbankgouverneure unter anderem der G 8, EU, IWF und große Entwicklungsländer wie Indien und VR China)
G 77	Gruppe von anfänglich 77 Staaten aus der Dritten Welt in den VN
GATT	General Agreements on Tariffs and Trade
IACPA	India Abroad Centre for Political Awareness
IORARC	Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation
JWG	Joint Working Group
KNU	Karen National Union
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
NBA	Narmada Bachao Andolan (»Bewegung zur Rettung des Narmada-Flusses«)
NETSAP	Network of South Asian Professionals
NIC	Newly Industrialized Countries
NMD	National Missile Defence
NRI	Non-Resident Indians
NRO	Nichtregierungsorganisation
NVV	Nichtweiterverbreitungsvertrag
OBC	Other Backward Castes
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PWG	People's War Group
RAW	Research and Analysis Wing
RSS	Rashtriya Swayamsevak Sangh (»Nationales Freiwilligenkorps«)
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAFTA	SAARC Free Trade Area
SAPTA	SAARC Preferential Trading Arrangement